

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 30 M.
vierteljährlich 85 M. Unter Kreuzband
für Deutschland, Ostpreußen, Ost- und
Westpreußen sowie Ost- und Westfalen
und Danzig 1923 30 M. für das übrige
Deutschland 1923 30 M. Postzusatz
10 M. für die Reichspostämter
in Belgien, Dänemark,
England, Irland, Island, Island, Frank-
reich, Holland, Lettland, Litauen, Polen,
Schweiz, Tschechien, Ungarn,
Estland, Finnland und Jugoslawien.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Reich“, der Unter-
haltungsbeilage „Bismarck“ und der
Beilage „Siedlung und Ackerbau“
erscheint monatlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 24. März 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 86 — Bankkonto: Direktion
der Volksbank-Gesellschaft, Revolutionsstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile
kostet 1200 M. Restamtspreis 6000 M.
„Kleine Anzeigen“ das fertige
Blatt 375 M. (zwei- und
dreiseitige Zeilen), jedes weitere Wort
200 M. Stängelzeile das erste Wort
200 M., jedes weitere Wort 150 M.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Seite 300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 1/2 Uhr nachmittags im
Postfach Nr. 3, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geht
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Auflösung der „Freiheitspartei“.

Der preussische Minister des Innern hat mit Wirkung vom 23. März auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Deutschvölkische Freiheitspartei mit allen ihren Zweigvereinen und Organisationen einschließlich ihrer Jugendvereine „Großpart von Wartenburg“ für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. Das Vermögen der aufgelösten Vereinigungen wurde ebenfalls auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

In der Begründung, die der preussische Minister diesem Befehl beigefügt, wird gesagt, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei für Preußen als nichts anderes als eine verfechtete Fortsetzung der verbotenen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei anzusehen ist, daß sie ferner die verbotene „Großdeutsche Arbeiterbewegung“ in sich aufgenommen und den aufgeworfenen Verband nationalgermanischer Soldaten übernommen hat. In der Begründung heißt es dann wörtlich weiter:

Der organische Zusammenhang der außerhalb Preußens zum Teil noch offen bestehenden Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei wird durch die in den jüngsten Tagen bekanntgegebene Verschmelzung beider Organisationen zweifellos erwiesen. Dabei hat sich die Deutschvölkische Freiheitspartei

der Führung von Adolf Hitler unterstellt. Da es nach den Bestimmungen des Republiksschutzgesetzes nicht erlaubt ist, eine verbotene Vereinigung in irgendeiner Form fortzuführen und auch der Verdacht einer Reichstagspartei hierfür nicht benutzt werden darf, unterliegt auch die Deutschvölkische Freiheitspartei dem Verbot, das für Preußen gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ergangen ist.

Das Ziel der Deutschvölkischen Freiheitspartei ist nach der Erklärung des Parteivorstandes v. Graefe auf der Vertretertagung vom 10. Februar 1923 unter anderem entsprechend den Zielen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Beseitigung des Parlamentarismus gerichtet. Dieses Ziel hat die Partei nicht auf verfassungsmäßigen Wege verfolgt, sie hat es vielmehr unter Verstoß gegen die Bestimmungen des Grundgesetzes unternommen, den Parlamentarismus gewaltsam zu beseitigen und damit die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform in einer Weise untergraben, die auch als Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens im Sinne der §§ 81 Nr. 2, 86 St.G.B. zu gelten hat. In Verfolgung dieses Zieles hat die Partei nämlich im geheimen umfangreiche Vorbereitungen zu einem nationalsozialistischen Putsch getroffen. In fast allen preussischen Provinzen sind von der Partei

„Hundertkämpfer“ oder sogenannte „Turnerkämpfer“ gebildet worden, die sich selbst als Bestandteile der Deutschvölkischen Freiheitspartei bezeichnen und zu einem unmittelbar in der Parteileitung tätigen, dem früheren Selbstschutzhilfsführer Oberleutnant a. D. Rohbach unterstellten „Kommando der Turnerkämpfer“ zu-

fammengefaßt sind. Dafür, daß mit dieser Organisation innerpolitische Kampfziele verfolgt wurden, liegen urkundliche Beweise vor. Insbesondere steht auch fest, daß Fühlung mit einzelnen Teilen der Reichswehr gesucht worden ist, um diese zu bestimmen, bei dem Kampfe, mit dessen

Ausbruch noch im Monat März gerechnet wurde, „wohlwollende Neutralität“ zu bewahren. Waffen sind bei einzelnen Mitgliedern gefunden worden; auch liegt urkundliches Material für weiteren Waffenbesitz vor.

Verbot und Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei sind somit auch wegen Verstoßes gegen den § 7 Abs. 1 Nr. 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik gerechtfertigt.

Bei dieser Sach- und Rechtslage erübrigt sich die Ausführung des weiter vorliegenden Materials sowie der außerdem anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen.

Die Vermögensbeschlagnahme ist durch § 18 des Gesetzes gerechtfertigt.

Der preussische Minister des Innern hat an sämtliche preussische Dienststellen einen Erlaß gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß gegen alle Organisationen, die unbesetzt zu

militärischer oder polizeilicher Befähigung als Selbstschutz, Saalschutz oder dergleichen oder gar zu gemeinsamer Begabung strafbarer Handlungen, wie Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Nötigung oder dergleichen, gebildet sind, ohne jede Rücksicht auf die politische Richtung ungesäumt und mit aller Entschiedenheit mit den gesetzlich zulässigen Mitteln vorzugehen ist.

Die Sicherung von Versammlungen, die Ausübung von Strafen- und Postendienst, die Abwehr hochverräterischer Unternehmungen sei ausschließlich Sache der Polizeikräfte des ihr anvertrauten öffentlichen Amtes. Was die Einrichtungen eines eigenen Saalbuches angeht, so wird daran erinnert, daß Versammlungen, die sich eines Saalbuches in irgendeiner Form bedienen, nicht als „friedlich“ im Sinne der Reichsverfassung zu betrachten sind und deshalb verboten werden müssen. Im übrigen wird es der Polizei zur Pflicht gemacht, eine Versammlung, die nicht auf Grund gesetzlicher Bestimmungen verboten wird, falls notwendig, in ausreichendem Maße mit ihren Nachmitteln zu schützen. Bei allen Versammlungen, die Angriffen ausgesetzt sein können, soll die Polizei rechtzeitig ausreichende Schutzmaßnahmen treffen. Der Umfang, in dem solche Maßnahmen vorzubereiten wären, soll sich aus Mitteilungen der Veranstalter, insbesondere aber aus einer sorgfältigen Beobachtung der gegnerischen Presse, entnehmen lassen.

Zum Schluß dieses Erlasses heißt es: „Ich (der preussische Innenminister) werde in jedem Falle, in dem eine friedliche Versammlung mangels ausreichender Schutzmaßnahmen gesprengt ist, den Polizeivorgesetzten zur Verantwortung ziehen, wenn ihm in irgendeiner Hinsicht der Vorbereitung mangelnder Vorbereitung von Schutzmaßnahmen zu machen ist.“

Der Anschlag auf Smeets. Verhaftung des Attentäters. Köln, 23. März. (WB.) Karl Dehmann, der den Anschlag auf Smeets ausgeführt hat, ist von der Kölner Polizei in Köln festgenommen worden. Er leugnet vorläufig noch, die bei der Tat anwesenden Zeugen haben ihn aber bestimmt als Täter wiedererkannt, so daß er als überführt gelten kann.

Köln, 23. März. (WB.) Die Kölner Polizei hat festgestellt, daß der Täter, der sich den Namen Karl Kolders zugeweiht hatte, richtig Karl Dehmann heißt. Er ist am 2. April 1895 in Ohligs geboren. 1920 wohnte er einige Monate in Köln und verzog dann nach Neuenahr. 1921 ist er aus dem Gefängnis Wiesdorf ausgebrochen, wo er eine Strafe verbüßte. Er wurde noch wegen verschiedener Straftaten gesucht. Es sind zwei weitere Personen wegen dringenden Verdachts der Mittäterschaft bzw. wegen Begünstigung des Verbrechens verhaftet worden.

Heute Auswärtiger Ausschuß. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags, dessen Einberufung die sozialdemokratische Fraktion beantragt hat, tritt heute nachmittag 3 Uhr zusammen.

Lenins Krankheit. Wiederherstellung nicht ausgeschlossen. Moskau, 22. März. (WB.) Der heute ausgegebene, von neun in- und ausländischen Ärzten unterzeichnete Bericht über den Zustand Lenins lautet: Am 21. März fand ein Konsilium mit den aus dem Ausland eingetroffenen Professoren statt. Nach einer genauen Besprechung der Krankheitsgeschichte und einer genauen Untersuchung des Patienten ist man einstimmig zu folgendem Ergebnis gekommen: Die Erkrankung von Lenin, die zur Erblindung der Sprachfähigkeit und der Schwäche der rechten Hand und des rechten Beines führte, hat ihre Ursachen in der Erkrankung der entsprechenden Blutgefäße. Die bisher angewandte Behandlungsmethode ist als richtig anerkannt. Des Konsiliums findet: Der Verlauf und die objektive Untersuchung der Krankheit ergeben, daß es sich um einen Fall handelt, bei dem eine fast vollständige Wiederherstellung der Gesundheit möglich ist. Gegenwärtig gehen die Krankheitserscheinungen allmählich zurück. Der Prozeß muß aber unermüdlich einen längeren Verlauf haben. Deshalb werden Bullentins von heute ab nur, wenn es notwendig sein wird, herausgegeben.

Dem Demos der Kommerziellen Judenverfolgung durch die hiesige städtische Gesundheitsbehörde hält der „Dietrich“ spaltenlange Berichte der Kommerziellen Zeitungen und die Berichterstattung der Vorgänge durch eine Bekanntmachung des Ministerrats entgegen.

Notwendige Uebereinstimmung!

Severing, Gessler, Cuno.

In der Presse der Rechten wird Beschwerde darüber geführt, daß durch die gestrigen Erörterungen in Preussischen Landtag die „Einheitsfront“ gestört worden sei. Aus dieser Beschwerde ergibt sich ganz von selbst die Frage, wer denn in Deutschland eine „Einheitsfront“ bilden will mit Leuten, die inmitten der schwersten äußeren Drangsale des Reichs den blutigen Umsturz und die Abschlebung mißliebiger Minister vorbereiten. Wer Lust hat, in eine solche „Einheitsfront“ einzutreten, der möge es tun, er möge es dann aber gefälligst offen und ehrlich tun und sich nicht in einer verkappten Bruderschaft betätigen, in der die einen handeln, während die andern sich mit Entschuldigungen und Beschönigungen vor sie hinstellen. Mittlerweile wird ja auch die Redaktion der volksparteiischen „Zeit“ aus der Rede ihres Parteigenossen v. Campe den vollen Ernst der Situation erkannt haben, den sie bis dahin scheinbar ein wenig verkannt hatte. Auch das taktisch vorzichtige Abweichen des deutsch-nationalen Herrn v. Ditten von den deutschvölkischen Verschwörern darf in seiner symptomatischen Bedeutung nicht unterschätzt werden. Es wirkt doppelt stark nach der Betonung der kameradschaftlichen Verbindung mit den Völkischen, die sich der erste deutschnationalen Redner, der Herr Schlang, noch leisten zu dürfen geglaubt hatte.

Der Minister des Innern, Genosse Severing, hat gestern nicht nur zwei gute Reden gehalten, sondern auch eine nützliche und notwendige Tat getan, indem er auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Deutschvölkische Freiheitspartei aufgelöst hat. Er findet mit seinem Verhalten die volle Billigung unserer Partei, und es darf wohl im wohlverstandenen Interesse des Staats und des Reichs erwartet werden, daß sich hinter ihn bis weit über unsere Partei hinaus eine sehr starke „Einheitsfront“ stellen wird. Das ist im Interesse der inneren wie der äußeren Politik des Reichs eine unbedingte Notwendigkeit.

Die Rechtspresse hat den Versuch unternommen, in der Frage der Geheimorganisationen einen Gegensatz zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung zu konstruieren. Sie folgt dabei, strupellos wie immer, nur ihren eigenen parteitaktischen Bedürfnissen. Welch ein Unheil es wäre, wenn ein solcher Gegensatz tatsächlich bestände, braucht kaum näher ausgeführt zu werden. Aber wie sollte er entstehen, da sich die preussische Regierung bekanntlich auf die große Koalition stützt, die Reichsregierung aber auf drei Parteien dieser im Reich nicht bestehenden Koalition, nämlich auf Volkspartei, Zentrum und Demokraten? Es sei denn, man nähme an, die Reichsregierung suche nach rechts eine Koalitionserweiterung, die ihr nach links hin schließt, und die Reichsregierung wäre in demselben Maße deutschnational beeinflusst wie die Staatsregierung sozialdemokratisch! Einer solchen Mißdeutung ihrer Absichten entgegenzutreten, liegt im Interesse der Reichsregierung selbst.

Tatsächlich kann festgestellt werden, daß sich die preussische Regierung bei ihrem Vorgehen gegen die völkischen Hochverratler in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung befindet, insbesondere auch mit der Stelle, auf die es am meisten ankommt, mit dem Reichswehrministerium. Gerade weil wir an der Tätigkeit dieses Ministeriums oft Kritik zu üben genötigt sind, halten wir es für eine Pflicht der Loyalität, festzustellen, daß das Reichswehrministerium schon längst vor Rohbach als einem gefährlichen Abenteuerer gewarnt und den Wunsch ausgesprochen hat, daß ihm das Handwerk gelegt werde. Von den Reichswehroffizieren, die an den Versammlungen der Geheimbündler teilnahmen, haben einige das auf Befehl zum Zweck der Ueberwachung getan, und sie haben über die Vorgänge in ihnen Meldung erstattet. Daß gegen andere Reichswehroffiziere, die sich aus anderen Gründen beteiligten, mit größter Schärfe vorgegangen wird, ist ein selbstverständliches Verlangen.

Gerade aber, weil die Tätigkeit der Reichsregierung mit jener der preussischen Staatsregierung übereinstimmen muß, ist es notwendig, diese Uebereinstimmung gegenüber allen Mißdeutungsversuchen ganz unmißverständlich klarzustellen. Der Versuch, in Lebensfragen des Staatswesens einen Unterschied der Auffassungen zwischen Reich und Staat zu konstruieren, läuft auf eine politische Brunnenvergiftung hinaus, der vorgebeugt werden muß.

Die Reichsregierung sieht sich aber auch noch einem anderen gefährlichen Versuch gegenüber, der dahin zielt, ihre auswärtige Politik unter den Terror rechtsradikaler Kreise zu stellen. Auch ihm muß mit entschiedenem Nachdruck entgegengetreten werden. Immer wieder wird versucht, sie auf den Standpunkt festzunageln, daß über die Beendigung der Ruhrkrise nicht eher verhandelt werden dürfe, als bis die Räumung des von den Franzosen und Belgiern widerrechtlich besetzten Gebiets erfolgt sei. Eine deutsche Regierung, die sich auf diesen Standpunkt festnageln ließe, müßte aber über kurz oder lang in eine ganz unmögliche Lage kommen. Denn jeder vernünftige Mensch weiß, daß es kein anderes Mittel gibt, die Bevölkerung des neubesetzten Gebiets von ihren Peinigern zu befreien, als eben die Auf-

Der Anschlag auf Smeets.

Verhaftung des Attentäters. Köln, 23. März. (WB.) Karl Dehmann, der den Anschlag auf Smeets ausgeführt hat, ist von der Kölner Polizei in Köln festgenommen worden. Er leugnet vorläufig noch, die bei der Tat anwesenden Zeugen haben ihn aber bestimmt als Täter wiedererkannt, so daß er als überführt gelten kann.

Köln, 23. März. (WB.) Die Kölner Polizei hat festgestellt, daß der Täter, der sich den Namen Karl Kolders zugeweiht hatte, richtig Karl Dehmann heißt. Er ist am 2. April 1895 in Ohligs geboren. 1920 wohnte er einige Monate in Köln und verzog dann nach Neuenahr. 1921 ist er aus dem Gefängnis Wiesdorf ausgebrochen, wo er eine Strafe verbüßte. Er wurde noch wegen verschiedener Straftaten gesucht. Es sind zwei weitere Personen wegen dringenden Verdachts der Mittäterschaft bzw. wegen Begünstigung des Verbrechens verhaftet worden.

Cuno bei den „Vaterländischen“.

München, 23. März. (Fig. Deahber.) Die „Münchener Post“ berichtet, daß die Vertreter der vereinigten vaterländischen Verbände getrennt von denen des Münchener Bürgerbunds vom Reichskanzler Cuno empfangen wurden. Darin dokumentiert sich die bekannte Loyalität und Eiferfertigkeit der verschiedenen rechtsradikalen Gruppen. — Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, daß der Präsident der Vereinigten vaterländischen Verbände, Professor Bauer, die Wünsche und Sorgen vortrug, die die vaterländischen Verbände angesichts der Ruhrbesetzung gerade in innerpolitischer Beziehung bewegen. Er unterlegte seine Darlegungen mit einer schriftlichen Fassung aller dieser Sorgen in Form einer Denkschrift. Der Reichskanzler ging ausführlich auf alle Punkte ein, die bei dieser Aussprache berührt wurden. Der Verlauf gestaltete sich durchaus befriedigend. — Die Offenheit dürfte ein Interesse daran haben, die einzelnen Forderungen und vor allem die Stellungnahme des Reichskanzlers zu denselben zu erfahren.

In Stuttgart.

Stuttgart, 23. März. (UL.) Reichskanzler Dr. Cuno traf heute nachmittag 12.44 Uhr in Begleitung des Reichswehrministers Dr. Gessler und des Reichspostministers Stings auf dem hiesigen Bahnhof ein. Zum Empfang hatten sich am Bahnhof der württembergische Staatspräsident, Dr. v. Hieber, und Julius

nahme von Verhandlungen in dem Augenblick, in dem sich die Möglichkeit, sie zu einem nützlichen Erfolg zu führen, eröffnet. In diesem Augenblick aber werden die rechtsradikalen Kreise mit ihrem Verrätergeschrei über die Regierung herfallen und versuchen, durch ihren Terror die Handlungsfreiheit der Regierung aufzuheben. Die Reichsregierung wird in ihrem Handeln nur dann frei sein, wenn die Staatsregierung in der Bekämpfung des rechtsradikalen Terrors ihre Pflicht getan haben wird.

Was man inzwischen von der Reichsregierung verlangen muß, ist, daß sie ohne Angst vor der Ungnade der Rechten ihre Meinung vertritt und ausspricht, was alle Vernünftigen ohne Unterschied der Partei denken. Diesem berechtigten Wunsch entspricht es nicht, wenn der Reichstanzler Dr. Cuno in seiner Münchener Rede einen so dunklen Satz geprägt hat wie den folgenden: „Jede Diskussion über die Beendigung des gegenwärtigen Konflikts muß von der vorbehaltlosen Räumung des Ruhrreviers ausgehen.“ Soll das heißen, daß an den Anfang einer Diskussion mit Frankreich die Forderung nach der vorbehaltlosen Räumung des Ruhrreviers gestellt und dann über die Bedingungen gesprochen werden soll, die Deutschland anzunehmen bereit ist, um die Räumung zu erzielen? Oder soll das, wie z. B. der „Berliner Lokalanzeiger“ meint, heißen: „Kein Verhandeln ohne Räumung des Ruhrreviers“, also, kein Verhandeln solange das Ruhrgebiet nicht geräumt ist? Wir halten die erste Deutung für richtig, die zweite für logisch unmöglich. Aber ist es die Aufgabe der Reichsregierung, in Kärzeln zu sprechen und immer wieder den Streit der Interpreten über ihre Äußerungen zu entzünden? Der Rat Casselles, man dürfe nicht versuchen, in großen Dingen schlau zu sein, gilt für jeden handelnden Politiker, und ebenso seine Warnung, daß ein solcher Versuch den, der ihn unternimmt, den Hals kosten kann.

Es hätte wahrlich keinen Zweck, sich durch hinhaltende Redensarten und bunte Wortspiele Sympathien zu erhalten, die eines Tages doch, dann um so heftiger, in ihr Gegenteil umschlagen müssen. Es wäre unklug, jenen Leuten in die Hände zu arbeiten, die sich jeder die Interessen Deutschlands realpolitisch wahrnehmenden Regierung gegenüber als die wahren Vaterlandsretter aufspielen werden, und die das tun werden mit jenem Maß von Gewalttätigkeit, das ihr eine innerlich zermürbte Staatsgewalt immer gestalten möchte. Uns tut eine klare und feste Politik nur nach außen wie nach innen. Nur so kann unser Volk den schweren Kampf überstehen, den es jetzt um sein Leben zu führen hat.

Deutschlands Leistungsfähigkeit.

Vorschläge der „Germania“ zur Lösung der Krise.

Das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“, macht in einem sehr beachtenswerten Artikel „Deutschlands Leistungsfähigkeit“ Vorschläge zur Lösung des Konflikts. Das Blatt betont ganz mit Recht:

Die Waffe des passiven Widerstands legen wir nicht aus der Hand. Aber daneben wollen wir auch kluge Politik machen und Schritt für Schritt weitergehen auf dem Wege zum Ziele, das wir uns in diesem Kampfe gestellt haben: Abwehr aller Annexionsbestrebungen... aber Reparationszahlungen nach dem Maße unseres Könnens.

Die „Germania“ weist zu dem Zweck darauf hin, daß die führenden Staatsmänner Frankreichs und Deutschlands in ihren Worten nicht so sehr voneinander abweichen.

Frankreich will Reparationen und Garantien für seine Forderungen und militärische Sicherheit, Deutschland ist bereit, Reparationen zu leisten und die geforderten Garantien in weitem Umfange zuzugestehen.

Der Streit geht also weniger um die Worte als um die Sache, um das, was unter Leistungen und Sicherheiten zu verstehen ist. Frankreich hat bisher auf die Vorlegung eines Reparationsplanes verzichtet und auch Deutschland hat sich zurückgehalten, da es mit den bisherigen Vorschlägen schlimme Erfahrungen gemacht hat. Ein Reparationsplan kann aber

nur aufgestellt werden, wenn Deutschland nicht mehr verspricht, als es halten kann.

Deswegen müssen wir zu einer für alle Beteiligten zweifelsfreien Feststellung unserer Reparationsfähigkeit zu gelangen suchen. Von Amerika aus ist der Plan einer internationalen Wirtschaftskonferenz, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands untersuchen soll, in die Debatte geworfen worden. Die deutsche Regierung hat u. G. Grund, diesem Plan ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. ... Schließlich wäre es auch noch denkbar, eine Anzahl deutscher und französischer Experten zusammenzusetzen, vielleicht unter neutralem Vorbehalt. Es würde sich lohnen, jetzt den einwandfreien Nachweis dafür zu erbringen, was Deutschland zahlen kann. Ist das in einer Weise festgestellt, die auch Frankreich nicht mit der üblichen Handbewegung abtun kann, dann ist ein fester Ausgangspunkt für die Lösung der Reparationsfrage oder zur Demasierung der französischen Politik gewonnen.

Diese Vorschläge der „Germania“ stehen erfreulich von dem Gesetze der Krise ab, die genau wie die Militaristen Frankreichs von einem „Siegfrieden“ reden, sie unterscheiden sich aber auch vorteilhaft von der unklaren Haltung derer, die jede Verhandlung von der Räumung des Ruhrreviers als Vorbedingung abhängig machen.

Freie Bahn dem Brotwucher.

Die gestrigen Reichstagsverhandlungen haben mit aller wünschenswerten Deutlichkeit die Absichten der bürgerlichen Parteien auf dem Gebiet der Getreidebewirtschaftung gezeigt. Das Auftreten des Ernährungsministers Dr. Luther beweist, daß er bereit ist, sich diesen Wünschen der bürgerlichen Parteien zu fügen, trotzdem er kaum über die katastrophalen Folgen des Fortfalls der Getreideumlage für die Volksernährung im unklaren sein dürfte.

Die bürgerlichen Parteien haben eine Verbilligung des Brotes durch Besitzsteuer in Aussicht gestellt, ohne daß sie genau angegeben haben, welche Summen und wie sie für die Verbilligung des Brotes aufgebracht werden sollen. Jeder Mensch versteht, daß das eine schönste Geste ist. Bei der sprachwörtlichen Steuerfeindschaft der Landwirtschaft und der anderen besitzenden Kreise steht das außer jedem Zweifel. Der Röder, der hiermit der Bevölkerung gerecht wird, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Landwirtschaft und die bürgerlichen Parteien das Brot jetzt ebenso zum Spekulationsobjekt machen wollen, wie alle anderen Waren. Für die daraus entstehende Erschwerung unserer Wirtschaftsverhältnisse und die zunehmende Verelendung der Masse der Bevölkerung tragen sie auch allein die Verantwortung.

Die Deutschvölkischen im Reichstage.

Es dürfte angebracht sein, daran zu erinnern, daß die Deutschvölkischen Mitte Februar im Reichstage eine Tagung abgehalten haben, in der der nunmehr zum dritten Male verhaftete Reizmann Kossbach als Redner auftrat. Offensiv ist diese Versammlung eine Art Generalappell der Verschwörer gewesen. Der Vorstand des Reichstages hat sich kürzlich damit beschäftigt, was bei dieser jetzt wichtigen Einzelheiten ans Licht gebracht wurden. In der Reichstagsitzung vom 27. Februar berichtete der sozialdemokratische Abgeordnete Röntgen:

„Als kürzlich die Herren Müller und v. Graefe im Saal 1 des Reichstages ihre Tagung abhielten, kam die drei- und mehrfache Zahl der gemeldeten Teilnehmer, so daß die Garderobe auf den Fußboden gelegt werden mußte. Dabei folgten aus verschiedenen überzähligen Redner und sonstige Waffen heraus.“

Der Reichstagspräsident Böbe richtete daraufhin an den Einbrucher der Tagung, den deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe ein Schreiben, worin er um Aufklärung ersuchte und mittelste, daß er vorläufig weitere Tagungen der Deutschvölkischen im Reichstage verboten habe. Gleichzeitig wurden die Reichstagsdiener vernommen. Sie bestätigten die Angaben Röntgens und berichteten, daß der Andrang so groß gewesen sei, daß die Saalüren zeitweilig nicht ge-

schlossen werden konnten, so daß manche Redner im Vorraum verständig gewesen seien. Diener hörten, wie Kossbach zur Gewaltanwendung aufforderte.

Daraufhin besetzte sich eine Sitzung des Reichstagsvorstandes mit der Angelegenheit. Der hierzu geladene Abgeordnete v. Graefe suchte die Sache ins Bächerliche zu ziehen, was ihm eine energische Zurückweisung durch den Präsidenten und andere Vorstandsmitglieder eintrug. Entgegen den Ausrufen des Abg. v. Graefe wurde festgestellt, daß anstatt der gemeldeten erst 40 und dann 140 Personen rund 400 Personen eingetroffen waren. v. Graefe versuchte das Tragen von Revolvern damit zu rechtfertigen, daß die Betreffenden wohl einen Waffenschein gehabt hätten. Der Vorstand des Reichstages nahm aber einmütig den Standpunkt ein, daß Bewaffnete, ob mit oder ohne Waffenschein, von Abgeordneten nicht in den Reichstag eingeführt werden dürfen. Erst als Herr v. Graefe sich bereit erklärte, künftig diesem Standpunkt Rechnung zu tragen, wurde die vorläufige Sperre des Reichstages für deutschvölkische Veranstaltungen aufgehoben. Von sozialdemokratischer Seite wurde bei den Verhandlungen hervorgehoben, daß bei der Hergabe der Reichstagsräume eigentlich doch ein Unterschied zu machen sei zwischen Parteien, die politisch kämpfen und den Deutschvölkischen, die nur mit militärischen Gewaltmitteln ihre Ziele durchsetzen wollen. Die jetzt aufgedeckten Putschpläne zeigen, wie richtig diese Auffassung ist.

Die Reichswehr und Kossbach.

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: In der von Kossbach am Sonnabend in Wannsee abgehaltenen Konferenz haben insgesamt drei Reichswehroffiziere teilgenommen. Einer dieser Reichswehroffiziere war in offizieller Mission des Reichswehrministeriums anwesend, um sich über die Vorgänge in der Versammlung zu informieren und hat auch pflichtgemäß über den Verlauf der Versammlung seine vorgesetzte Behörde unterrichtet. Außerdem können wir feststellen, daß die Reichswehr und insbesondere auch General v. Seeckt bereits lange Zeit vor der Verhaftung Kossbachs auf das schärfste vor diesem gefährlichen politischen Akteur gewarnt und sein gemeingefährliches Treiben auf das schärfste verurteilt hat.

Reichszentrale Rhein-Kuhr.

W.B. teilt mit: Bei der Reichsanleihe ist zur zusammenfassenden Bearbeitung der Rhein-Kuhr-Angelegenheiten eine Zentralkommission Rhein-Kuhr errichtet, der mit Genehmigung des Reichspräsidenten durch Verordnung der Reichsregierung besondere Befugnisse erteilt worden sind. Die Zentralkommission hat für die einheitliche und rasche Erledigung der aus dem französisch-belgischen Einbruch ins Ruhrgebiet sich ergebenden Aufgaben in den neu- und altbesetzten Gebieten zu sorgen. Die einzelnen sachlichen Aufgaben werden nach wie vor in den Fachministerien bearbeitet. Der Zentralkommission wird zur Erteilung von Auskünften über einzelne Maßnahmen und über Zuständigkeitsfragen ein Auskunfts-bureau angegliedert.

Vorsitzender ist der bisherige Leiter der Abteilung IV der Reichsanleihe, Bürgermeister Schmid-Düsseldorf. Anschrift: Reichsanleihe Zentralkommission Rhein-Kuhr in Berlin W. 8, Wilhelmplatz 9.

Auskunftsersuchen sind an das Auskunfts-bureau der Zentralkommission ebendort zu richten.

In Oberhausen ist in der Nacht vom 21. zum 22. März der Reichswehrgeneral Hermann Drosden von der Zeche Konordia nach französischen Angaben wohl er auf Karus nicht stehen geblieben war, von einem französischen Posten erschossen worden.

Als päpstlicher Delegat in das Ruhr- und Saargebiet wird der Hausprälat Testa genannt.

Ermäßigung der Kohlensteuer.

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Kohlensteuer ab 1. April d. J. wahrscheinlich um ein Viertel herabgesetzt werden wird und daß außerdem Aussicht besteht, bei den Kohlenyndikaten des unbesetzten Deutschland auch den eigentlichen Kohlenpreis etwas zu senken. Der Reichskohlenverband hat seine Mitglieder zur Kohlenbeschlußfassung hierüber auf Dienstag, den 27. März, eingeladen.

Vorfrühlingsnacht.

Von Willi Birnbaum.

Seit er schlief ist es finster geworden im Zimmer, unser Gespräch lang verstummt. Die Sonne ist längst hinter dem Part versunken, rotglühender Himmel dem Dunkel der Nacht gewichen. Aber noch immer ist meine Seele feuertrunken, und in mir es leuchtet fort.

Ich glaub nicht an Zeichen und Wunder; doch Symbole hab ich geschaut. Die stehen unverrückbar und formen sich zum Bilde.

Ein armer Mensch sah da, der mir sein Geschick klagte. Alltagslos! Das Leben so vieler; nicht besser, nicht schlimmer. Wer täglich im Kampfe mit kleinlichsten Nöten, verkennt mit den Schreien das Regenjungfräuliche Herzen: Sentimentalität. Es ist ein Wachsen in Mitleidnis — und Viel-Miele werden zu Egoisten darüber. Die wenigen, starken Menschenfreunde aber drängen nach Lösung, bahnen Wege durch wildwachsenden Unterholz. Stark und willens müssen die wenigen sein! Optimismus allein macht nichts! Ich hab schon manden der Freunde, die mit mir ausjagen voller Träume im Hirn, voller Ideale in der Brust, sich zurückzuziehen in die sichere Höhle des eigenen Ich. Sie sind Philister geworden mit gültigen Herzen. Oh, und wie haben sie mit Ekel von aller Politik abgedankt, von Sumpf und Dämon, und mir wohlmeinenden Rat erteilt, es gleich ihnen zu halten: Es lebe sich besser so, ruhiger, sicherer, es gäbe volleren Wamst, gesündere Farbe. . . Und wenn ich dann ungehalten ihnen sagte, welch enge Welt doch ihr kleines Ich, wie so wenige die Kraft über sich selbst hinaus zum Menschlichen Formtänzer gefunden — da lachten sie nur; dieser und jener schmeig auch beschämte oder stammelte Entschuldigungen: Die Menschen sind es nicht wert, alle seien Materialisten, Egoisten, doch, daß sie nicht willens und ihnen mangelte die Kraft — das glaubten sie immer. . .

Ich sehe täglich ein anderes Bild vor meinem Fenster. Bis zum Fluß zieht sich ein buntes Gewirr von Saubengärten. Das ist ein Hämmern und Klagen, Groben und Schufen den ganzen Vorfrühling schon. Und wahrlich: Es ist ein mühsam Ertröhen der Frucht von sandigem Boden! Ich weiß nicht einmal, ob es sich lohnt, wenn man begimme, Arbeitszeit, -kraft und -gerät und erreichten Meer in Geld umzurechnen. Aber ich kenn ihren Stolz und fühl ihre Freude, wenn sie mit all ihrer Mühe und ihren Opfern dem dünnen Sande arbeitsame Früchte abgerungen haben! . . .

Es ging ein tiefes Abendrot; das glühte weit, hoch; Im Westen spiegelt sich des deutschen Volkes Gesicht! Wer beweist mir die Flammenzeichen? . . .

Händete der Kurbell drüben meine Erde? Soll neu entkommen sender der Haß, brutaler Raub und schimpflicher Waid und verschlingen mit gierigen Schlingen, was kaum den Knospen entrückt, aus eben verlassenen, fargen Blüten sich sammeln zur dürftigen Frucht? Soll ich glauben, daß Kanonen die besseren Pflüge. . .

Oder aber war auch dieses Abendrot nicht blutiger Ernst — nur Symbol der umfassenden, alleuchtenden, lebenspendenden, fruchtweckenden Menschennähe, Weltgemeinschaft? . . .

Tiefere Vorfrühlingsnacht. Sterne stehen groß und schweigend am Himmel. Nur ein Hund in den Gärten kläfft, heiser und unruhig. Ich sitze und sinne hoch oben im Stübchen unterm Dach. Die Schuhräder schlagst Zwölft, laut und klingend.

Es ist Zeit zur Ruhe. . . Und ich hab doch so große Sehnsucht zum Frühling, zur Sonne. Ein Volk schreit in mir nach Licht und Frieden, Arbeit und Brot!

Ich reiß das Fenster weit auf und blick in die Nacht und das Schweigen. Ein sanfter Wind mir um die Stirne streicht. Da steht mich ein Ahnen, erfüllt mich mit Zuversicht und Kraft, und ich möchte es in alle Welt hinausjahren, trotz allen Wolken und dem Sturm und nebligen Tagen: „Es muß und wird doch Frühling werden! Und es wird ein Schufsten und Pladen geben. Der Herbst aber wird es vergelten hundertfältig.“

O Lied der Arbeit! In machtlosen Akkorden in meiner Seele es braust. Und ich steh still, überwältigt und kausche. . .

Ausrottung der deutschen Pechtiere. Auf eine drohende Gefahr für die deutschen Wälder, die ihrer schönsten und wertvollsten Zierden beraubt werden, lenkt H. Hauptmann im Märzheft der Zeitschrift „Naturschau“ die Aufmerksamkeit. In den Anzeigenheften der Jagd- und Sportschriften sieht man fast nur noch Angebote von Pechhändlern, die ein fürmaliges Wettlaufen um die Wälder begonnen haben und einander die Preislogen, und die angebotenen Preise zeigen deutlich, daß die Ware für das Ausland bestimmt ist. Die Bedingungen sind die denkbar günstigsten, alle Kosten werden von dem Käufer übernommen, der in einem Fall sogar jedem Jäger, der auch nur zwei Marder oder drei Fuchsbälge nach Leipzig bringt, die Hin- und Rückreise von allen Stationen des Deutschen Reiches zu bezahlen verpflichtet. Kann man daraus schließen, mit welchen Gewinnen dieser Handel arbeitet. Es werden jetzt geboten: für Fuchs 27 000 bis 30 000 M., Baumarder 100 000 M., Steinmarder 90 000 M., Urtis 16 000 M., Ditt 50 000 M., Dachs 7000 M., Hermelin 1000 M., Eichhörnchen 75 M., Raummur 450 M. Während für selten gewordenen Raubvögel die Naturbewegung sich erfolgreich einsetzen konnte, findet sich für die Raubritter im Pelzgewand nur sehr selten ein Fürsprecher. Das ist aber sehr zu bedauern; denn so werden die deutschen Wälder ihrer interessantesten Bewohner beraubt, es werden aber auch große Werte unseres Vermögens für immer vernichtet. Die Raubtiere vermehren sich im allgemeinen nur sehr langsam und bewohnen ausgedehnte Gebiete, so daß schwer wiederzugemacht ist, was jetzt zerstört wird. Gegen den tatsächlichen Raubwildschaden wird sich der Jäger oder Pechhändler natürlich wehren müssen, aber alle unsere Raubtiere sind eifrig

Mäusejäger, und auch die wilden Kaninchen werden am besten durch den Fuchs, Marder und besonders Urtis bekämpft. Der Nutzen, den diese Tiere der Forst- und Landwirtschaft bringen, ist viel höher zu veranschlagen, als der Schaden, den sie der Jagd zufügen. Es ist daher hohe Zeit, dafür zu sorgen, daß unsere schönen und wertvollen Pechtiere nicht für immer aus unserer Heimat verschwinden, nur damit sich Schieber und Ausländer mit ihren Pelzen billig wärmen und putzen können.

Ein Javalier der Fingerabdrücke ist Dr. Robert Heindl, der früher dem höheren Polizeidienst in Bayern angehörte und jetzt als Legationsrat im Auswärtigen Amt arbeitet. Er ist der Ansicht, daß das bisherige Verfahren nur halbe Arbeit ist. Zurzeit sammelt die Polizei die Fingerabdrücke von Verbrechern, um diese leichter feststellen zu können, wenn dieselben von Personen später wieder einmal in ihre Hände fallen und sich vielleicht falsche Namen beilegen. Heindl hält es für notwendig, daß einfach jeder daktyskopiert wird. Das könnte etwa bei der Schulunterrichtung geschehen und wäre für die einzelnen eine ganz geringe Befristung, weit geringer als zahlreiche andere behördliche Eingriffe. Aller Namensschwindel würde dadurch seiner Wirksamkeit beraubt, der einzelne wird vor Mißbrauch seines Namens geschützt, ein sicheres Ausweismittel wäre gegeben, zumal auch für Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Feststellung unbekannter Toter wäre erleichtert, mancher polizeiliche Mißgriff würde vermieden. So würde dem ehrlichen Staatsbürger wie der Strafverfolgung gedient. Freilich um ganz sicher zu gehen, müßte auch das Ausland das Verfahren einführen. Eine vorläufig etwas phantastische Zukunftsmusik, gibt Heindl zu, aber sogar Jules Verne ist von der Wirklichkeit eingeholt worden.

Die Berliner Segektion eröffnet Sonnabend vormittag eine neue Ausstellung in ihren Räumen am Ratsfischendamm, die nun wieder der Künstlervereinigung zur Verfügung stehen.

Die Galerie Ferdinand Müller, Goldammer Str. 134 a, eröffnet am 25. eine Ausstellung: Kreis der Bräde.

Operettenantennen. Wie schon das Operettengeschäft immer noch ist, erlebt man daraus, daß die Wiener Theateragentur, die das „Zweimäderhaus“ vertreibt, auch jetzt noch monatlich an 50 Millionen Mark heraus erzielt. Der Gesamtbeitrag der bei den Wiener Theateragenturen einlaufenden Operettenantennen beläuft sich auf jährlich 8 bis 10 Milliarden Kronen.

Die Friedenswarte, die seit dem Tode ihres Begründers Alfred v. Fried (1921) einging, hat ihr Erscheinen wieder aufgenommen (Verlag Schwabe & Sohn, Berlin). Es wird herausgegeben von Rud. Goldscheid. Die erste Nummer enthält eine große Anzahl wertvoller Beiträge von Norbert Engel, Dr. B. Hoerster, Paul Böde, Walter Schöding u. a. auf.

2/1. Meter Frühlingabnehmer im Schwarzwald. Seit 1/1. Jahrgang hat man im südlichen Schwarzwald keine so mühsamen Schneemassen gesehen wie gewöhnlich. Bei dem 1250 Meter hochliegenden Feldberg hat es eine durchschnittliche Schneehöhe von 280 cm festgestellt. Der Schnee hinter den Häusern reicht bis zu den Fenstern des zweiten Stockwerkes.

Modau-Paris drahtlos. Am 20. März ist eine regelmäßige drahtlose Fernverbindung zwischen Rußland und Frankreich aufgenommen worden.

Cuno-Rede in Stuttgart.

Nach einer Begrüßung durch den Staatspräsidenten Hieber hielt der Reichskanzler eine Rede, in der er noch einmal die Vorgeschichte des Ruhrkonflikts erörterte, den passiven Widerstand feierte und dann laut WTB weiter sagte:

Wir können nur, wenn wir diesen geraden Weg weitergehen, zum Ziele kommen, und wir werden zum Ziele kommen. Nun fragen Sie: Wie wird die dritte Phase aussehen, wie wird das Ende sein, und wann wird es kommen? Ist Aussicht vorhanden, daß es bald kommt und daß es glücklich ist? Die Antwort darauf ist sehr einfach. Wir wissen, daß, wenn wir diesen Weg verlassen und zurückgehen, daß in dem Augenblick, in dem wir uns den anderen unterwerfen, es um Deutschland, das deutsche Volk und seine Freiheit geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man fragt:

Wann sind Verhandlungen möglich?

so frage ich: Haben wir nicht genug Angebote nach Frankreich gefandt? Sollen wir ein Angebot geben, mit dem wir mehr, etwa ganz anderes als bisher, nämlich die Souveränität des Reiches, die Unabhängigkeit der Länder an Rhein und Ruhr, die Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Volkes zum Opfer bringen würden? Das wäre nichts anderes als Unterwerfung. Ein solches Angebot wird dieses Kabinett nicht machen. (Stürmischer Beifall.) Ich habe gestern in München gesagt, daß die Verhandlungen, die einzutreten sollten, von der vorbehaltenen Räumung der Ruhr ausgehen müßten. Ich denke, wir können die Waffe des passiven Widerstandes nicht niederlegen und aus der Hand geben, wenn das nicht auch der Gegner tut. Aber was bisher uns von der Gegenseite entgegenkam, lautete nicht so, als ob wir bald darauf rechnen könnten, zu einem Ende zu kommen. Es ist jetzt nicht an der Zeit, in großen Reden täglich Hurrostimmung und einen lauten, draufenden Patriotismus hervorzurufen. Der beste Patriot ist der, der in der heutigen Zeit die ganze Schwere oder Verantwortung erkennt und sich einheitlich einstellt auf die glückliche Durchführung der Abwehr an Ruhr und Rhein, nicht in lauten Worten, sondern in ehrlieher Arbeit. Der Weg wird nicht leichter werden. Stellen wir das Volk auf diese Stimmung ein, denn es ist besser, ihm zu sagen,

daß es noch lange dauern wird,

es ist besser, uns schließlich durch eine frühere Beendigung übertraffen zu lassen, als daß unser Atem auch nur um 5 Minuten zu kurz sein würde. (Sehr richtig!) Behalten wir unsere Nerven, denn wir wissen, daß wir nicht anders handeln konnten! Wir wollen arbeiten und dem Volke klarmachen, daß es sich auf ernste und ernstere Zeiten einstellen muß, und sollte

der Weg zu einer Verständigung

führen, so wird auch sie für das deutsche Volk niemals leicht tragbar sein, denn wir, in unserem Programm, haben die Reparationen bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit miteinander zu verabreden. Nur werden wir dann, wenn wir das erst erreicht haben, wissen, daß wir nicht umsonst arbeiten, sondern für das eine große Ziel der Freiheit unseres Volkes und Vaterlandes. Dafür wird jeder, glaube ich, bereit sein, den letzten Groschen aus seiner Tasche zu geben."

Die Rückfahrt nach Berlin erfolgte mit dem Abendzug.

Verurteilter Schimpfbold.

Leipzig, 23. März. (WTB.) Der Staatsgerichtshof verhandelte heute gegen den Verleger und Hauptredakteur der „Mitteldeutschen Presse" in Sakhur Hans Hottenroth wegen schwerer Beleidigung des Reichspräsidenten, der Mitglieder der Reichsregierung und des Oberbürgermeisters Scheidemann sowie wegen fortgesetzter Beschimpfung der republikanischen Staatsform, begangen in zahlreichen Zeitungsartikeln vor und nach Erlass des Schulgesetzes. Der Angeklagte wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und zu 100 000 M. Geldstrafe verurteilt. Beantragt waren 4 Jahre Gefängnis.

20 000 Mann mehr Ruhrbesatzung.

Paris, 23. März. (WTB.) Im Laufe der heutigen Kammerdebatte erklärte der Kriegsminister Maginot, daß die Regierung beabsichtigt sei, die Truppenstärke im Ruhrgebiet demnächst um 20 000 Mann zu erhöhen.

Krach in der Kammer.

Paris, 23. März. (WB.) Die Diskussion der provisorischen Budgetwünsche für April und Mai gab heute der Kammer Anlaß zu erregten Zwischenfällen. Der Abg. Bracke (Soz.) schlug im Namen der Sozialisten vor, die Debatte zu vertagen, bis der Entwurf über die Kosten der Ruhrbesatzung ausgearbeitet sei. Poincaré erwiderte darauf, daß dieser Entwurf am Dienstag eingebracht werden würde. Der Kommunist Berthoin bezeichnete diese Antwort als Ausweichen, worauf Poincaré erwiderte, daß er bereit sei, die Frage der Ruhrbesatzung sofort zu diskutieren, wenn die Kammer es wünsche. Er habe aber einer Aufforderung des Abg. Berthoin nicht zu gehorcht. Nach seiner Ansicht könnte eine

Ruhrdebatte die schwersten Folgen

haben. Von diesem Augenblick an flogen erregte Worte hin und her. Bailant-Couturier (Komm.) sagt: Wir sind Ihres Wahnwahns gewiß. Berthoin: Sie sind der Besorgnis von Daudet; ich frage, welche Erpressungen Daudet auf Sie ausübt. Jeden Tag erfahren wir, daß auf Verlangen Daudets Poincaré entweder den Innenminister oder den Polizeipräsidenten von Paris empfängt. Wir fragen uns, ob der Ministerpräsident nicht durch gewisse Umstände der Vorzeitszeit von Daudet abhängig ist. Poincaré: Sie sind

ein abscheulicher Schurke.

ich verlange eine sofortige Auseinandersetzung. Favre: Und ich verlange, daß der Ministerpräsident sofort zur Ordnung gerufen wird. Poincaré ergreift von neuem das Wort und bezeichnet den Abg. Daudet (? Soll wohl heißen: Bailant-Couturier, Red.) als Lügner. Der Sozialist Bracke fragt gegen das Präsidium der Kammer gewendet: Ist es erlaubt, daß der Ministerpräsident ein Mitglied der Kammer und außerdem eine ganze Fraktion beleidigt? Wir verlangen die gleiche Behandlung für die Mitglieder der Kammer wie für die Mitglieder der Regierung.

Die Sitzung wird hierauf unterbrochen und nach einer Viertelstunde wieder aufgenommen. Abg. Landry schlägt vor, über den Abg. Berthoin die Zensur zu verhängen, d. h. ihm drei Tage das Wort zu entziehen. Berthoin versichert ehrenrührig, er habe den Präsidenten nicht beleidigen wollen. Es entspinnt sich ein Streit über den genauen Wortlaut der Äußerungen Berthoins. Berthoin leugnet, gesagt zu haben, es beständen Dokumente gegen Poincaré, die Daudet als Erpressungsmittel benutzte. Das Stenogramm wird durchgesehen, und abgesehen es eine solche Äußerung nicht enthält, hindert er den Kriegsminister Maginot nicht, Berthoin wiederum als Lügner zu bezeichnen. Bailant-Couturier erhebt sich darauf rath von seinem Sitz und versucht, mit dem Kriegsminister handgemein zu werden, woran man ihn aber hindern kann. Die Sitzung wird dann auf 3 Uhr nachmittags vertagt. Berthoin erklärt wiederum zu Beginn, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Ministerpräsidenten zu beleidigen. Darauf wurde das Gesuch um Wortentziehung Berthoin zurückgegeben. Der Zwischenfall ist somit beigelegt und die Kammer geht zur Besprechung der Budgetwünsche über.

Arbeitszeit der Angestellten und Arbeitslosenversicherung

In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrats wandte sich zunächst Genosse Riebel gegen das Kompromiß, das als Ganzes betrachtet wesentliche Verschlechterungen aufweist. Die Arbeitgeber seien dabei auf ihre Rechnung gekommen. Die Ausnahmen seien so vielfältig, daß, wenn man sie überblicke, man nicht mehr leben könne, wo keine Ausnahme ist. Das ganze Kompromiß sei aus Ausnahmen zusammengesetzt. Die Ausnahmen bildeten die Regel und der Achtstundentag die Ausnahme. Daraus gehe hervor, daß die Arbeitgeber den Achtstundentag beseitigen wollen. Ausnahmen seien nur berechtigt, wo sich zwingende Notwendigkeiten ergeben. Hier seien sie nach vier Richtungen hin zugelassen. Es sei nichts auf der Arbeitnehmerseite gesagt worden, weil die Konjunktur sich in den nächsten Wochen ändern könne, sei der Sperling in der Hand besser. Der Annahme dieses Kompromisses aus Furcht vor weiteren Verschlechterungen sei jedoch der offene Kampf für den Achtstundentag vorzuziehen. Redner fordert zu § 16a die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Ausnahmen sollen durch Tarifvertrag geregelt werden. Diese Vbsicht sei jedoch in § 17 zur Zwangsbestimmung geworden. Zwangsbestimmungen machten es jedoch unmöglich, in Zukunft Tarifverträge abzuschließen. Die Gewerkschaften haben bisher bewiesen, daß sie zur tariflichen Regelung von Ausnahmen auf Grund freier Vereinbarung bereit waren, wie sich aus den vorliegenden Tarifverträgen ergebe. Der § 17 sei abzulehnen, da er den Tarifgeboten zu schwer belaste. Bei außergewöhnlicher Häufung von Arbeit brauche man nur mehr Arbeiter einzustellen anstatt Überstunden machen zu lassen. Im § 18 sei nochmals von Ausnahmen bei außergewöhnlicher Häufung die Rede. Nach allem seien zwei sich gegenüberstehende Gutachten dem Kompromiß vorzuziehen.

Dr. Berger macht der Zehnerkommission zum Vorwurf, sie habe die Parität nicht gewahrt. Überstunden müßten mit einer gewissen Regelmäßigkeit geleistet werden, da mit dem Achtstundentag nicht auszukommen sei.

Eine registrierte Arbeitnehmervertreterin meinte, bei neuen Verhandlungen im Reichstago komme nichts Besseres heraus. Die Ablehnung des Kompromisses sei eine Kompromittierung der Kommunistenvertreter. Es komme weniger auf die Zustimmung des Gesetzes als auf seine Handhabung an. (Zuruf: Deshalb muß es eindeutig sein!) Das Kompromiß verbessere sogar in Angestellten die Regierungsvorlage. Die Nachtarbeit der Angestellten brauche nicht verboten zu werden, da sie nur in geringem Umfange vorkomme (!).

Prof. Dr. Heide stellt sich auf den Boden des Kompromisses, doch soll die von ihm vorgeschlagene Veränderung des § 17 auf Beseitigung der Zwangsbestimmung und eine entsprechende Veränderung des § 18 vorgenommen werden. — Obgleich diese Anregung auch auf Arbeitgeberseite sachlich anerkannt wurde, wurde sie aus formalen Gründen abgelehnt.

Marg erinnert an die Feststellung von Arbeitgeberseite, daß die Einheitsfront der Arbeitnehmer durchbrochen sei. Das habe die bürgerliche Richtung der Arbeitnehmer zur Bestimmung bringen sollen. Durch das Kompromiß sei die Beseitigung des Achtstundentages erreicht und eine besondere Schädigung der Bankangestellten. Nachdem die Praxis im Bankgewerbe bereits zu einer beschränkten Regelung der Ausnahme geführt habe, seien die Ausnahmen „im öffentlichen Interesse" überflüssig. Das Joch, das die Bankangestellten im jahrelangen Kampfe abgeschüttelt haben, soll ihnen durch das Kompromiß wieder aufgezungen werden. Das Bankgewerbe sei nicht einfach mit dem öffentlichen Interesse gleichzustellen. Niemand zwinge die Banken, mehr Aufträge anzunehmen, als sie ausführen können. Wenn man bis heute mit den bestehenden Bestimmungen auskam, sei nicht einzusehen, weshalb die geltende Praxis verschlechtert werden soll. Grundlag müsse der Achtstundentag sein, dann erst kämen

Ausnahmen in Frage. Die Bankangestellten würden sich mit dem Kompromißvorschlagn nicht abfinden; er bedeute ein Ausnahmefest für sie.

Der Berichterstatter von Arbeitgeberseite Dr. Habersbrunner entwickelte in seinem Schlußwort recht deutlich den Arbeitgeberstandpunkt. Das Bankgewerbe müsse dem Verlehrsgerwerbe gleichgestellt werden. Der Bankunternehmer dürfe nicht bestraft werden, weil er im öffentlichen Interesse handelt. (Zuruf: Kann dies nur durch Überstunden geschehen?) Der Achtstundentag sei ein Ideal, jedoch unter den heutigen Verhältnissen nicht berechtigt. Er sei notwendig, wo die Gesundheit gefährdet ist. Die dem Ideal hänge ein gewisser innerer Widerpruch an, dem Schlagwort Achtstundentag habe eine innere Unwahrscheinlichkeit an. Der Achtstundentag im Sinne der Ideologen sei erlogen. Der Achtstundentag komme aus der Demobilisationsverordnung, die jetzt überholt sei. Damals handelte es sich um eine Anpassung des Rechtszustandes an die Bedürfnisse der Demobilisation. Soll das Zwigseltwert bekommen? Die Demobilisationszeit ist beendet. Der zweite Teil der Vereinbarung vom 15. November 1918 lautet: Der Achtstundentag ist nur dann tragbar, wenn er international herbeigeführt werde. England, Frankreich, Amerika hätten den Achtstundentag nicht akzeptiert. Das Zugeständnis der Arbeitgeber und ihre Opfer an Überzeugung seien erschöpft. Redner fordert Entlohnung des Kompromißvorschlages, ebenso der Arbeitnehmervertreter Dr. Thissen als Berichterstatter in seinem Schlußwort. Für alle die, denen der Achtstundentag nicht parteipolitische Dogma, sondern eine Frage der Regelung der Arbeitszeit bedeute, sei der Vorschlag annehmbar.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen von Fürstberg, Kuffhäuser, Marx und Habersbrunner erfolgt die Entlohnung des Kompromißantrages. Die von den Arbeitnehmern geforderte Einzelabstimmung wurde abgelehnt und auf Wunsch des Regierungsvertreter noch eine Gruppenabstimmung vorgenommen. Der Zehnerkommission war aufgegeben, etwaige günstigere Verhandlungsvorschläge für die Arbeitszeit der Angestellten daraufhin zu prüfen, ob sie auch dem bereits gutachtlich verabschiedeten Arbeitzeigesetz für gewerbliche Arbeiter zugute kommen sollen. Der Kommission diene als Grundlage die Regierungsvorlage. Die Erwartung, daß auf diesem Wege die Beschlüsse über das Arbeitszeitgesetz der gewerblichen Arbeiter eine nachträgliche Verbesserung in einzelnen Punkten erfahren könnten, wurde jedoch enttäuscht. In der Zehnerkommission war keine Einigung über die Vorschläge bezüglich der Rückwirkungen zu erzielen, so daß im Anschluß an diesen Teil des von Schumacher erstatteten Berichts auf Antrag des Genossen Umbreit beschloffen wurde, weitere Verhandlungen hierüber als zwecklos aufzugeben.

Der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung wurde nach Annahme einer neuen Fassung des § 15 mit großer Mehrheit verabschiedet.

Der § 15 wurde dahin ergänzt, daß die infolge eines Ausstandes oder einer Aussperrung mittelbar arbeitslos gewordenen Versicherten dann unterstützt werden sollen, wenn die Verweigerung der Unterstützung eine Unbilligkeit für sie darstellen würde, weil (?) der von dieser Arbeitslosigkeit betroffene Betrieb nur in einem losen Zusammenhang mit dem unmittelbar vor dem Streik und in einem losen Zusammenhang mit dem unmittelbar von dem Streik oder der Aussperrung betroffenen Betriebe steht.

Da Zweifelsfällen, ob und wann ein Ausstand oder eine Aussperrung beendet ist, kann auf Antrag ein Schiedsgericht mit je einem Vertreter des Reiches, des Landes und der Gemeinde als Unparteiische sowie je drei Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierter darüber entscheiden. Letztere Beisitzer sind dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis zu entnehmen.

Wirtschaft

Absatzkrise in der Düngemittelindustrie.

In der Stickstoff- und in der Kaliindustrie wachsen in der letzten Zeit die Absatzschwierigkeiten. Das gibt den Industriellen Veranlassung, sofort Forderungen einzulegen. Besonders in der Kaliindustrie hat man es damit sehr eilig. Ein Konzern beabsichtigt, nur noch drei Tage in der Woche arbeiten zu lassen. Seine Leistung begründet diese die Arbeiterschaft hart treffende Maßnahme mit den bereits angehäuften Vorräten. Einen weiteren Grund erblickt die Industrie in der schwierigen Kreditbeschaffung.

Was den ersten Grund anbelangt, so ist zu bemerken, daß die Vorratsmengen in diesem Jahre noch nicht die gleiche Höhe erreicht haben wie im Frühjahr 1921 und 1922. Trotz der damals erheblich größeren Vorräte haben sich die Wertbesitzer veranlaßt, ein Ubertschichtungsabkommen anzugehen, um den später gesteigerten Bedürfnissen des In- und Auslandes Rechnung zu tragen. Zweifellos hat sich ein Teil der heimischen Landwirtschaft mit Vorräten zu billigen Preisen eingedeckt und hält jetzt mit dem Ankauf von Düngemitteln zurück. Hierzu kommt, daß der Reichsernährungsminister Dr. Lütjeh die Herabsetzung der Düngemittelpreise angefordert hat und damit die Landwirtschaft geradezu angezogen hat, mit Bestellungen einzuweisen zurückzuhalten. Bisher liegt jedoch dem Reichstago ein dahingehender Antrag des Reichswirtschaftsministers nicht vor. Daß die Unsicherheit über die künftige Preisbildung die Lage erschwert, liegt auf der Hand, zumal die Landwirtschaft, welche vor der endgültigen Beschlußfassung im Reichstago die Kalipreise mit dem Kalisubstitut frei verhandelt hat, jetzt diese Vereinbarung mit dem Käuferstreit beantwortet.

In der Tat könnte die Preisgestaltung in der Kaliindustrie anders sein, sie leidet heute an unproduktiven Kosten, die für die Kalkemmer, die Landwirte, und in erhöhtem Maße für das ganze Volk untragbar geworden sind. Werden doch die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel auf die Lebensmittelpreise aufgeschlagen. Nach der heutigen Praxis der Kaliprüfungsstelle erhält jedes nicht mehr lieferungsfähige Werk eine Entschädigung in Form der Beibehaltung der Beteiligungsziffer von vielen Millionen Mark. Diese Entschädigung kann nur aus den Kalipreisen gezahlt werden. Die Praxis der Kaliprüfungsstelle hat dahin geführt, daß entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen jedes Kaliwerk bis 1933 völlig risikolos arbeiten kann, daß den Kaliwerksbesitzern unzählige Millionen als vollständig müheloses Einkommen in die Taschen gefloßt werden und daß ferner die Gefahr des Erlaufens von Kaliwerken und damit die Gefährdung unserer unterirdischen Bodenschätze durch eine derartige privatkapitalistische Profitwirtschaft geradezu gefördert wird.

Hierfür ein Beispiel: Die Beteiligung der Werke am Gesamtabsatz ist in Lautendel eingeteilt. Die Zuteilung einer Beteiligungsziffer und die Höhe derselben ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Für lieferungsunfähig gewordene Werke bestimmt der § 78 Abs. 4 der Ausführungsbestimmungen zu dem Kalimittelgesetz folgendes:

„Im Falle des Eintrittens der Lieferungsunfähigkeit eines Kaliwerkes hat die Kaliprüfungsstelle, sofern es sich nicht um ein freiwillig oder zwangsweise bis 1933 stillgelegtes Kaliwerk handelt, auch ohne Antrag das Erlöschen der Beteiligungsziffer auszusprechen."

Wie aber wird in der Praxis verfahren? Die Kaliwerke Hedwigsburg und Reinstedt, welche nicht nur ihr Anlagekapital längst herausgewirtschaftet, sondern darüber hinaus beträchtliche Gewinne verteilt haben, sind im Oktober 1921 erloschen. Hedwigsburg und Reinstedt verfügen über 10 000 der Beteiligungsziffer. Auch heute noch! Sie sollen nach dem Willen der Industrie

die Beteiligungsziffer bis 1933 behalten. Trotz des § 78 gibt der Vorsitzende der Kaliprüfungsstelle an, den Werken die Beteiligungsziffer nicht entziehen zu können!

Angenommen: Der Gesamtabsatz des Kalisubstitutes beziffert sich auf 800 Millionen Mark im Jahre, so würden an Hedwigsburg und Reinstedt jährlich 850 Millionen Mark Entschädigung zu zahlen sein. Um 850 Millionen Mark würden also die Preise nach dieser Berechnung völlig unnötig belastet sein. Die Gefahr des Erlaufens besteht auch bei anderen Kaliwerken. Weitere 10 solcher Fälle wie der vorstehend angeführte genügen schon, um zu geradezu schwindelerregenden Kalipreisen zu gelangen. Es ist auch gar nicht verwunderlich, daß nach dieser Übung der Kaliprüfungsstelle eine Anzahl längst erloschener Kaliwerke, deren Beteiligungsziffer drei Monate nach dem Eintritten der Lieferungsunfähigkeit erloschen ist, jetzt erneut bei den zuständigen Stellen den Antrag auf Wiedergewährung ihrer früheren Beteiligungsziffer gestellt haben. Sie können sich nach dazu mit Ruhe auf die lieferungsunfähig gewordenen Werke Hedwigsburg und Reinstedt berufen.

Was tut die Regierung? Ein volles Jahr hat sie die Dinge laufen lassen und dann legt sie einen Entwurf vor, welcher die Verschleppung dieses Skandals geradezu garantiert.

Die Stellungnahme der Landwirtschaft zu dieser Frage ist unverständlich. Sie läßt zu, daß die Landwirte unnötigen Preisbelastungen ausgesetzt werden. Es ist doch schließlich nicht anzunehmen, daß das geschieht, weil einflußreiche Rittergutsbesitzer Aufsichtsratsmitglieder der Gewerkschaften Hedwigsburg und Reinstedt sind oder viele prominente Mitglieder des Reichslandbundes stark an Kaliwerken beteiligt sind, die ja wie andere auch erlaufen könnten. Mehr als andere hätten darum gerade diese Herren die Verpflichtung, auf ihre Vertreter im Reichstago einzuwirken, damit diese den Dingen endlich ein Ende bereiten. Die nicht an der Kaliindustrie beteiligten Landwirte könnten sonst zu Schaffen kommen, die den an der Kaliindustrie beteiligten Landwirten und der Gesamtvertretung der Landwirtschaft im Reichstago gerade nicht besonders angenehm sein könnten.

Befreit man die Kaliindustrie von unproduktiven Kosten, dann dürfte sich auch die Kreditbeschaffung viel leichter ermöglichen lassen. Wird hier erst einmal Ordnung geschaffen, so wird in vielen Fällen die Kreditbeschaffung sich gänzlich erübrigen. Erster Grund muß jedenfalls sein, den Landwirten den Bezug der Düngemittel zu irden Preisen zu ermöglichen. Daß das jetzt geschieht, muß ernstlich bezweifelt werden. Sogar der Reichsregierung aber ist es, die Interessen der Gemeinschaft gegen diejenigen der Privatunternehmer durchzusetzen.

Nicht Silber, sondern Aluminium ist es, um das die Reichsbank ihren Metallbestand erhöht hat. In dem letzten Ausweis sind rund 400 Millionen Mark der neu herausgegebenen 200-Mark-Scheine als Metallbestand angeführt. Die Verzeichnung dieses Geldes als Metallgeld ist um so irreführender, als man diese 200-Mark-Scheine ihrem Kennwerte nach eingetauscht hat, genau so wie man die Goldmünzen nach ihrem Nennwert in die Ausweise der Reichsbank aufnimmt. Es ergibt sich daraus die groteske Rechnung, daß ein Schmarz-Goldstück nur ein Zwanzigstel so viel wert sein soll, wie ein 200-Mark-Aluminiumstück. Bei Gott und der Reichsbank ist kein Ding unmöglich.

Das Goldjollausgeld ist für die Zeit vom 28. März bis einschließlich 8. April auf 509 400 Broz. festgelegt worden. In der letzten Woche betrug es 524 400 Broz.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen (abgest.) 29.95 Geld, 29.11 Brief; 1 tschech. Krone 617.05 Geld, 621.05 Brief; 1 ungar. Krone 4.08 Geld, 4.07 Brief; 1 bulgar. Leva 148.62 Geld, 149.88 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 212.06 Geld, 214.05 Brief; 1 Polennark kostete im freien Verkehr etwa 48 Pf.

Gewerkschaftsbewegung

Tagung der Bühnengenossenschaft.

Die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger hält ihre diesjährige Vertreterversammlung in Leipzig ab. In den letzten Jahren hatte sich eine gewisse Mißstimmung bemerkbar gemacht, weil die Berliner immer wieder die deutschen Schauspieler für die Jahresversammlung beherbergen sollten. Nun sollten auch die Rechte des inneren Landes wieder einmal zur Geltung kommen. Man wählte daher Leipzig als Tagungsort.

Das Arbeitsprogramm der Tagung ist außerordentlich umfangreich. Die Schauspielergewerkschaft will sich eine neue Satzung geben. Sie will ihre Finanzwirtschaft neu ausbauen, damit sie über die Mittel verfügt, ihre Tarifstreitigkeiten mit voller Macht zu führen. Endlich will man den Forderungspunkt im Tarifkampf gegen die Arbeitgeber festlegen. Im nächsten Jahre läßt nämlich der Tarifvertrag zwischen den organisierten Arbeitgebern beim Theater, dem Deutschen Bühnenverein, und den organisierten Arbeitnehmern, der Deutschen Bühnengenossenschaft, ab. Man weiß, daß den Direktoren nicht viel daran liegt, den Bühnengehörigen besondere Freiheiten und Erleichterungen zu gewähren. Der große Berliner Streik hat zur Genüge gezeigt, daß der Kampf der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber hart zu führen sein wird.

Bei der Eröffnung der Delegiertenversammlung, die im Kaufmännischen Vereinshaus stattfindet, betonte der Präsident Gustav Riedel, daß die Gewerkschaft der Deutschen Schauspieler sich mit allen Gewerkschaften der deutschen Arbeiter verbündet fühlt.

Nachdem der Kampf des Schuherverbandes gegen die Genossenschaft durch die oberste neutrale Schlichtungsstelle als genossenschaftsfeindlich verurteilt worden ist, versuchen die ausgeschlossenen Genossenschaftler, die sich im Schuherverband zusammengefaßt haben, auf Umwegen die Genossenschaftsarbeit zu stören und die deutsche Kunstgewerkschaft zu sprengen. Bis jetzt ist es ihnen aber keineswegs gelungen. Die Bezirksobmänner, die sich vor der Delegiertenversammlung zu einer Sonder Sitzung vereinigten, haben einstimmig ihr Veto dahin abgegeben, daß der Schuherverband sich auflösen muß, wenn überhaupt die in ihm wirkenden Schauspieler von neuem in die Genossenschaft aufgenommen werden wollen. Von dieser Forderung will man um keinen Preis abgehen. Die Genossenschaft wird in ihrer Abwehr des Schuherverbandes durch den fortbestehenden U.F.A.-Bund eifrig unterstützt und beraten.

Märzlöhne der Angestellten der Metallindustrie!

In den Verhandlungen der Tarifparteien am Freitag ist nach langen Beratungen folgende Vereinbarung getroffen worden, die den Körperschaften der beiden Tarifgruppen zur Annahme empfohlen werden soll:

1. Mit Wirkung vom 1. Februar 1923 werden die tariflichen Bezüge der Angestellten einschließlich der Familienzulage auf die doppelte Höhe der tariflichen Januarbezüge festgesetzt.

Die Tarifbezüge der Beihilfinge für Januar 1923 werden für Februar 1923 um 25 Proz. erhöht.

2. Ab 1. März 1923 gelten für männliche Angestellte und Beihilfinge die sich aus 1 ergebenden Sätze als Grundgehälter. Für weibliche Angestellte beträgt das Grundgehalt 10 Proz. weniger. Für die Familienzulage beträgt der Grundbetrag 14 880 M.

Zu diesen Grundgehältern und dem Grundbeitrag der Familienzulage tritt ab 1. März 1923 ein Zuschlag von 20 Proz. Soweit eine endgültige Abrechnung und Auszahlung der Märzgehälter bis zum Ende des Monats nicht möglich ist, soll die Auszahlung des Restes mit möglichst früher Beschleunigung erfolgen.

Dieses Abkommen regelt, sofern es angenommen wird, die Angestelltenbezüge der Metallindustrie sowohl für Februar 1923 wie auch für März 1923.

Der Rahmenarbeitsvertrag soll endgültig fertiggestellt werden durch eine Redaktionskommission, die am 6. April tagt. Er soll gelten vom 1. April 1923 bis zum 31. Dezember 1924.

Berliner Holzarbeiter!

Nach den nun vollständig vorliegenden Angaben setzt sich die Generalversammlung für 1923 aus 388 Delegierten der Richtung Amsterdam und 312 der Moskauer Richtung zusammen. Sitz und Stimme haben auch die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung, die aus 28 Kommunisten und 53 Amsterdamern besteht, so daß sich also 441 und 340 Stimmen gegenüberstehen. Im Jahre 1922 zählten die Unabhängigen 339, Sozialdemokraten 183 und die Kommunisten 255 Stimmen. Die Kommunisten können also einen Erfolg buchen.

Ueber die erste Generalversammlung triumphiert die „Note Havne“ im Versammlungsbericht, weil außer fünf Amsterdamern auch ein Kommunist als Delegierter zum Gantage gewählt und die kommunistischen Anträge zum Gantage wie zum Verbandstage angenommen worden sind. Nach der von altersher im Holzarbeiterverband geübten Rücksicht auf die Minderheit stimmten die Generalversammlungsdelegierten für Anträge zum Verbandstage auch dann, wenn sie nicht dafür waren, um der Minderheit nicht die Möglichkeit zu nehmen, Anträge an den Verbandstag zu stellen.

Die Delegierten sind eben nicht nach kommunistischer Art zu einer bestimmten Stellungnahme für oder gegen die Anträge im voraus verpflichtet worden. Den meisten Delegierten waren die Anträge vorher nicht bekannt. Als Zählung der Parteianhänger können die

Abstimmungen nicht gewertet werden, wenn auch die Anträge nur gestellt sind, um mit den dazu gehaltenen Neben billige Parteiloyalität betreiben zu können.

Eine neue Agitationsgelegenheit haben die Kommunisten in der bevorstehenden Wahl der Delegierten zum Verbandstage. Da solche Wahlen zur Parteiloyalität gemacht werden, dürfen alle Nichtkommunisten nicht das gleiche Entgegenkommen zeigen, wie bei der Behandlung der kommunistischen Anträge in der Generalversammlung. Die Ueberrumpelungsversuche in den Parteiversammlungen müssen uns zu einer entschiedenen Gegenwehr veranlassen. Der Wahltag in den Betrieben und Versammlungen, die immer mit Angriffen gegen unsere Partei verbunden ist, müssen unsere Genossen mit der Werbung für unsere Richtung entgegenreten.

Parteilgenossen! Erfüllt eure Parteilspflicht! Wehrt die Gegenagitation ab und verteidigt unsere Partei.
Der Werbeausschuß.

Dollar-Schakanweisungen des Deutschen Reiches

Garantiert von der Reichsbank

Heute

Schluß der Zeichnung

Die Lage der Zigarettenindustrie.

In einer gut besuchten Branchenversammlung der Zigaretten-Maschinenführer und Betriebshandwerker in der Zigarettenindustrie am Donnerstag in den „Mufflerkäfen“ berichtete Branchenleiter Koch, daß nach Informationen aus zuverlässiger Quelle eine Verlängerung der gesetzlichen Unterhaltungsfrist für Tabakarbeiter auf ein weiteres Jahr nicht erfolgen werde. Anerkennung worden sei, daß die arbeitslosen Tabakarbeiter ihrer körperlichen Beschaffenheit wegen längere Zeit zum Uebergang in eine andere Industrie bedürfen. Die von der Organisation angestrebte Ermäßigung der starken steuerlichen Belastung des Tabaks, von dem neben dem 60 M. pro Pfund betragenden Grundzoll noch ein Aufschlag in Gold erhoben werde, so daß die Belastung 1800 M. ausmache, dürfte Erfolg haben. Anders liege die Sache bei der Bänderrolensteuer, die eine weitere hohe Belastung darstelle und 44 Proz. des Kleinverkaufs ausmache. Für einen Abbau dieser Steuer sei keine Aussicht vorhanden.

Von Diskussionsrednern wurde hervorgehoben, daß die Zigarettenindustrie auch durch die Ruhrbesetzung erheblich zu leiden habe. Für die auf der Teinordnung stehende Auswahl der Branchenkommission lag ein einstimmig von der Vertrauensmännerkonferenz gefaßter Beschluß vor, der die Wiederwahl der bisherigen Kommission empfahl. Branchenleiter sind Koch und Frankenstein, letzterer ist auch Arbeitsvermittler; Kassierer ist Jandnick, Schriftführer Dittmann, Beisitzende Hamel, Grola, Wittcher, Wollter und Willi Koch. Die Versammlung sollte dem Beschluß der Vertrauensmännerkonferenz, indem sie sämtliche Mitglieder der Branchenkommission wiedewählte.

Lohnbewegungen in den Verkehrsbetrieben.

Hierzu wird uns geschrieben: „In den Verkehrsbetrieben Berlins scheinen die Lohnbewegungen im Monat März infolge der unverständlichen Haltung der Betriebsleitungen Formen anzunehmen, die nicht im Interesse des wirtschaftlichen und sozialen Friedens liegen. Die Berliner städtischen Straßenbahner wurden wie alle anderen städtischen Arbeiter nach dem Reichslohntarif bezahlt. Demnach mußte auch die Stadt Berlin die Vorauszahlung des Lohnes, die das Reich seinen Arbeitern für den Monat April bewilligt hatte, bezahlen. Einzelne Betriebsabteilungen haben dies auch bereits getan. So haben auch ein Teil Straßenreiniger, Gasarbeiter usw. diese Summe bereits erhalten. Die Leitung der Straßenbahnen, die bei jeder Lohnerhöhung die größten Schwierigkeiten macht, blieb auch in diesem Falle ihren Grundsatzen treu. Den an Geld wartenden Straßenbahnern erklärt sie, daß sie kein Geld hat. Ferner erklärt sie im Rundschreiben Nr. 134 an die Dienststellen, daß wenn sie die Zahlungen vornehmen muß, sie dann nicht wie das Reich 96 Stunden zur Auszahlung bringt, sondern nur für 8 1/2 Stunde. Sie versucht ihre Haltung damit zu

rechtfertigen, daß in ihrem Betriebe gestreckt gearbeitet wird (176 Stunden); sie verschweigt dabei, daß sie selbst der größte Gegner der Arbeitsstreckung ist und daß sie in Anbetracht der über alle Maßen hinausgehenden vorgenommenen Entlohnung der Straßenbahner nicht die vorchriftsmäßigen Freitage gibt, sondern Urlaub ohne Gehalt. Die hungernden Straßenbahner würden dadurch um erhebliche Summen gebracht werden. Sie sind nicht gewillt, sich diese Herausforderung wie schon so viele andere gefallen zu lassen, sondern dem Vorhaben der Leitung den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die freien Gewerkschaften haben den Magistrat sowie die Stadtverordnetenfraktionen auf diese Zustände aufmerksam gemacht. Sie hoffen, daß sie eingreifen werden, um den drohenden Konflikt zu vermeiden.

Ueber die Haltung der Hochbahndirektion zu der Lohnforderung ihrer Arbeiter für den Monat März ist die Öffentlichkeit hinreichend unterrichtet. Die Hochbahnbediensteten — Handwerker und Arbeiter — werden auf das Hohngelächter der Beauftragten der Hochbahndirektion über den famosen Spruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, der unter dem Vorsitz des Herrn Rechtsanwalts Dr. Baum, der jedes soziale Empfinden für die Arbeiterklasse vermissen läßt, in der Urabstimmung die richtige Antwort geben. Denn mit dem Lohn, den ihnen dieser Spruch bringt, würden sie an letzter Stelle in Groß-Berlin stehen. Kommt es im Hochbahnbetriebe abermals zum Konflikt, so möge sich die Leitung des Hochbahnbetriebes endlich einmal fragen, ob denn die Männer, denen die Regelung der Löhne im Betriebe obliegt, die richtigen sind, oder ob sie durch die dauernden Unruhen und durch die schmerzhaften Manieren dieser Männer ihre Betriebe nicht mehr schädigen als fördern. Die in Frage kommenden Gewerkschaften müssen für die Folgen, die aus diesem Gebaren dieser Herren entstehen, jede Verantwortung ablehnen.

Im Omnibusbetriebe liegen die Verhältnisse nicht anders. Die Direktion hat auf die Lohnforderung ihrer Bediensteten, Handwerker und Arbeiter, die ihr bereits am 27. Februar überreicht wurde, nicht einmal offiziell geantwortet. Auf Drängen erklärte sie, daß sie zunächst abwarten wolle, wie die Regelung im Reich vor sich gehen wird. Als diese Regelung erfolgt war, erklärte sie, nunmehr abzuwarten, welchen Verlauf die Lohnbewegung bei der Berliner Hochbahn nehmen wird. In der Verhandlung am 22. d. M. vertrat die Direktion den Standpunkt, daß die Preise auf der ganzen Linie gefallen seien, so daß kein Grund vorläge, eine Lohnaufbesserung für Monat März zu geben. Die Verhandlungskommission erklärte, den Schlichtungsausschuß anzurufen, der am Montag, den 26. d. M., über den Streitfall entscheiden soll.

Somit ist der Konflikt auf der ganzen Linie in den Verkehrsbetrieben entbrannt. Zahlreiche Anträge von der gesamten Arbeiterschaft aus den genannten Betrieben bringen zum Ausdruck, daß dem geschlossenen Bunde der Arbeitgeber die geschlossene Front aller im Verkehrsbetriebe Beschäftigten entgegengestellt werden muß, um zu verhindern, daß nicht die Rot, das Elend und der Hunger, der in den Familien der Berliner Verkehrsarbeiter vorhanden ist, stabilisiert wird.

Hier hätten alle die Behörden, die es angeht, Gelegenheit, den unverständlichen Arbeitgebern endlich ins Gewissen zu reden, damit sie im Interesse des sozialen Empfindens ihr Vorhaben aufgeben. Werden sie es tun?

Vereinbarung in Oberschlesien.

Hindenburg, 23. März. (Eig. Drahtbericht.) Eine Versammlung der Betriebsräte lebte mit 121 gegen 85 Stimmen den von den Kommunisten propagierten Generalfreist für Oberschlesien ab. Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist auf folgender Grundlage eine Vereinbarung getroffen worden: Die Arbeitgeber wiederholen ihre Erklärung, daß sie keine illegalen staatsfeindlichen Selbstschlichtungsorganisationen fördern; unter dieser Bedingung nehmen die Arbeitnehmer ihre Bemühungen nach dieser Richtung hin zurück. Zur Regelung der wirtschaftlichen Streitpunkte, vor allem der Fragen der Deputatlohn für Invaliden und der Soziallasten, werden in der Woche nach Ostern neue Verhandlungen stattfinden. Maßregelungen unterbleiben; die fünf entlassenen Betriebsräte werden in andere Betriebe eingestellt.

Schweizer Industrie. Sitzung der Vertrauensleute der U.F.A.-Verbände am 24. März, 7 1/2 Uhr, im Verbandshaus des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Baugewerkschaft, Redaktionsgruppe Gieser. Das Bureau der Gieser befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus, 8. Stock, Zimmer 38. Telefon: Moritzplatz 4083 und 872. Die Löhne der Hilfsarbeiter betragen ab 16 März: von 15 bis 18 Jahren 700 M., 18 bis 20 Jahren 800 M., 20 bis 22 Jahren 900 M., über 22 Jahren 1125 M., Ausfuhr, Chauffeurs, Glasgänger 1190 M. pro Stunde. Die Beiträge betragen ab 1. April (14. Woche) für Gieser 1000 M., Hilfsarbeiter 1200 M., Frauen und Mädchen der Hilfsbranche 800 M., Hilfsarbeiter die ersten drei Jahresklassen 800 M., Hilfsarbeiter über 22 Jahre, Ausfuhr, Chauffeurs, Glasgänger 1190 M. pro Woche. — Die Hochgruppenleitung.

Verantwortlich für den Text: Emil Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Verlagsgesellschaft S. u. B. Berlin. Druck: Verlagsgesellschaft S. u. B. Berlin. Postamt: Berlin, E. 1. 1111. 1111.

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden

Sanitätstee Dr. Wagners **Brust-Tee** nach Original-Vorschrift hergestellt. — Zu haben: Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz

Wir

bieten vorteilhaft an!



Sifuffabrik

Wagner

& Cie A.G. Burg b. Magd. b. g.

- Vorzügl. Herren-Rindbox-Stiefel, beste Lederverarbeitung, besonders billig.....
- Eleganter Damensstiefel in echt R.-Chevreaux mit echter Lackkappe oder in Rindbox.....
- Hochfeiner Damenhalschuh, braun, echt Chevreaux, ausserordentlich billig.....
- Vorzügl. Damen-Halschuh u. Spangenschuh.....
- Elegant. 2-Spangenschuh in echt R.-Chevreaux in bester Lederverarbeitung.....

29⁰⁰⁰ Mark
19⁵⁰⁰ Mark

- SW. Friedrichstr. 240 41
- W. Potsdamer Strasse 50
- W. Schillstrasse 16
- NW. Beusselstrasse 20
- NW. Tarnstrasse 44
- NW. Wilanacker Str. 22
- N. Brunnenstrasse 37
- N. Danziger Strasse 1
- N. Friedrichstrasse 130
- K. Mäliersstrasse 8
- O. Andreasstrasse 50
- O. Frankfurter Allee 22
- SO. Oranienstrasse 24
- SO. Wuppelstrasse 49
- C. Spittelmarkt 15
- C. Rosenthaler Strasse 14
- Neukölln, Bergstr. 30 31
- Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122 23
- Potsdam, Brandenburger Strasse 54
- Brandenburg & d. Havol, Raupun. 18

Wanderungen in den Vorfrühling.

Der Winter, der in diesem Jahre zum Glück nur kurze Zeit währte und sich nicht allzu grimmig gebärdete, scheint in seine unmißlichen Gefilde zurückgekehrt zu sein.

Die Briefe.

Vom Stettiner Vorortbahnhof fahren wir mit den Vorortzügen der Nordbahn bis Birkenwerder. Westlich der Bahn wandern wir nach Norden bis zur Eisenbahnbrücke und dann unter der Brücke hindurch in den Wald.

Wir wandern an der Seite unserer treuen Begleiterin, der Briefe, weiter. Bald haben wir die Eisenquelle erreicht, auch Hubertusborn genannt, eine winzige Quelle, die einem geschützten Feldsteinhäuschen entrinnt und sich sofort in die Briefe ergießt.

Der Bredower Forst.

Ein schönes Saubwaldgebiet dehnt sich an der Hamburger Bahn hinter Spandau aus: es ist der Briefelang und der Bredower Forst. Vom Veltreer Hauptbahnhof fahren wir mit dem Rauscher Vorortzug bis Finkenkrug.

Loden, um ihnen das Fortkommen zu ermöglichen. Wenn wir daher in wenigen Wochen wieder hier entlang wandern, dann werden wir den Waldboden mit einem reichen Blütenteppich gesäumt finden.

Morgen, Sonntag Vertreter-Wahlen für die Konsumgenossenschafts-Generalversammlung

Bredower Luch, einem Teil des Havelluchs, nach dem großen Dorf Bredow. Von vier wandern wir auf dem Rande der das Havelluch im Süden begrenzenden Hochfläche, mit freiem Blick auf das Luch zur Rechten, nach Nauen.

Als wertvolle Begleiter auf unseren Sonntagswanderungen wählen wir zwei Bücher des leider zu früh verstorbenen Naturforschers und Parteigenossen Kurt Grottel: "Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur" und "Unser Wald".

Noch einmal: Berliner "Demokraten". Eine Walter-Rathenau-Schule in Neukölln.

In aller Erinnerung ist noch der denkwürdige Moment, als bei der Abstimmung über den "Platz der Republik" der Führer der "neuen Demokraten" im Berliner Stadtparlament, Herr Merien, seinem 70jährigen Parteifreund Dove die Hand herunterließ, die er in einer traumverlorenen Minute der Erinnerung an alle "liberale" Lage erhoben hatte.

Das Bezirksamt Neukölln hatte beschlossen, der städtischen Realschule als weiteres Zeichen dafür, daß sie die Schule einer neuen Zeit und eine Schule der Republik sein solle, Walter Rathenaus Namen zu geben.

Drei Soldaten. Von John dos Passos.

Als dem amerikanischen Manuskript überliefert von Julian Cummings. Andrews händigte es ihm mit zitternder Hand aus. Der Oberst machte mit einem Bleistift einige Bemerkungen in einer Ecke.

Die Wut über seine Erniedrigung trieb ihm Tränen in die Augen. Jemand etwas in ihm schrie wie die Stimme jenes fluchenden Verwundeten unaußersichtlich wütende Schimpfworte; nachdem er eine Zeit gegangen war, hielt er plötzlich mit geballten Fäusten an.

befleißigten — sie mußte eingestehen, daß es trotz Ben Utkha bisweilen doch noch etwas Neues unter der Sonne gäbe! So fiel denn den Sozialdemokraten die Aufgabe zu, die Ehrung des letzten großen Demokraten und die republikanische Namensgebung einer neuen Schule allein zu beschließen — gegen Reaktionäre und gegen Demokraten, während sich der Vertreter des Zentrums zu einer heroischen Stimmhaltung aufschwang.

Seldentwertung und Steuern. Zuschläge bei Steuerrückständen.

Zahlreiche Steuerpflichtige haben in der Vergangenheit ihre Steuern nicht pünktlich gezahlt und daraus infolge der Geldentwertung auf Kosten des Reiches Vorteile gezogen. (Die Lohn- und Gehaltsempfänger, denen jede Steuersumme sofort bei der Lohnzahlung abgezogen wird, kommen hierfür natürlich nicht in Frage.)

Verzicht auf die Entbindungsgeld.

Das Berliner Charité-Krankenhaus und die Univeritäts-Frauenklinik forderten bisher für Entbindungen eine besondere Gebühr, die neben dem Verpflegungsgeld gezahlt werden mußte. Im preussischen Landtag wurde bei der Beratung des Haushaltsplanes für 1922 von unseren Genossen beantragt, auf die Entbindungsgeld zu verzichten.

Eine ernsthafte Begründung.

Daß Magistratsmitglieder ebenso wie unsere Herren Minister nicht alles lesen, was sie unterschreiben, ist ja kein Geheimnis mehr. Aber was gestern in der Stadtverordnetenversammlung in Form einer Dringlichkeitsvorlage den Vorkontrollern zugemutet wurde, das übersteigt doch die Durchschnittsleistung der städtischen Bureaucratie um ein ganz Erhebliches.

feinen Füßen. „Komisch, nicht? Du und ich waren mal richtige Freunde.“ Andrews antwortete nicht. Chrisfield sah schweigend, seine Augen blinnten starr ins Feuer.

(Fortsetzung folgt.)

Die Putschistendebatte im Landtag.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Minister des Innern Seewering (fortfahrend):

Im Merkblatt 15 des Brandenburgischen Heimatbundes wird der Pieserfries der Landwirtschaft proklamiert; der industriellen Bevölkerung sollen nicht bloß die Lebensmittel entzogen werden, sondern dort, wo eine sozialistische oder sozialistisch angehauchte Regierung bestand, wollten die Korbach-Banden auch dafür sorgen, daß diese Regierungen keine Kohle bekommen. Der Pieserfries ist noch nicht arrangiert worden, und ich hoffe, daß die für Brandenburg und Pommern verfügte Auflösung es auch nicht dazu kommen lassen wird.

Zußerdem haben diese verbündeten Verbände auch den politischen Terror

auf ihre Fahne geschrieben. Wie dort Stimmung gemacht wird, geht aus dem Telegramm hervor, welches Major v. Weberstedt nach vor wenigen Tagen an die Ortsgruppen der Korbach-Partei gerichtet hat, worin für die nächsten Tage ein Depeschensturm auf den Reichskanzler erfolgen, die Beseitigung des preussischen Ministers Seewering gefordert und für diesen Fall dem Reichskanzler ein Treugeschäft abgesetzt werden sollte. Daß es sich bei dem Korbach-Putsch um die Beseitigung der sozialistischen Minister dreht, geht aus den

Briefen Korbachs

selbst hervor. In einem dieser Briefe heißt es, daß der Reichskanzler Cuno in Seewering einen Schädling sieht und sich aufreißt bemächtigt, dieses Hindernis loszumachen. (Lebhaftes Hörl! Hörl!) Ich kenne keine Stelle, die mich von meinem Posten entfernen kann, als den Preussischen Landtag. Ich lasse das gegenüber den Versuchen, andere Zentralbehörden aufzubieten, um zu intervenieren, wie man das diplomatisch nennt, d. h. tatsächlich Anlegenheiten Preußens zu Angelegenheiten anderer Instanzen zu machen.

Korbach und seine Gesinnungsgenossen halten dafür, daß Parimente wie Reichstag und Landtag jetzt in der Zeit der nationalen Sammlung überhaupt keine Rolle spielen dürfen; in den Organen dieser Leute wird direkt verlangt, daß die Reichsregierung erst über Preußen und sein Parlament souverän hinwegschreiten müsse. Das ist die nackte

Aufforderung zur Diktatur.

Es bleibt auch nicht etwa bei papierernen Protesten; das geht u. a. aus einem Flugblatt hervor, welches im Anschluß an den Hindenburg-Festzug verbreitet wurde und worin der Wille verbrecherischer Elemente, zur Tat überzugehen, Ausdruck findet. Die Organisation Korbach hat in der letzten Woche versucht, alle insonderheit nationalen Verbände in örtlichen Kartellen zusammenzuschließen. Die Sportklubs „Dionysia“, die Vermittlungsklubs „Humboldt“ und viele andere sind nicht als militärische Organisationen (Hörl! Hörl!), die „harmlosen“ Hundertkämpfer Korbachs sind nichts als militärische Kompanien, zum Teil ausserhalb und ständig selbstige Kompanien. Noch am 22. November bei der aufgelösten Verband nationaler Soldaten telegraphisch seine Treue zu Wulle bestätigt.

Zum Krieg führen gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Korbach brauche sehr viel Geld, er reißt in allen preussischen Provinzen herum, um Geld zu sammeln. Augenblicklich sind 6 Millionen Mark Schulden zusammen. (Heiterkeit.)

Der Minister verliest eine von Korbach gemachte Aufstellung u. g. monatlich bis zum 31. März unter anderem Oberschlesien 6 Millionen, Sachsen 6 Millionen, Westfalen 4 Millionen aufzubringen hätten. Insgesamt sind danach 79 Millionen Mark erforderlich, außerdem für die Zeitung 20 Millionen und für besondere Propaganda 21 Millionen Mark. Erfreulicherweise muß festgestellt werden, daß die Reichswehrkommandos in der Provinz und die Reichswehrzentrale es strikte abgelehrt haben, mit Korbach in irgend eine Verbindung zu treten. Aber nicht ganz so widerstandsfähig gegenüber seinen Forderungen haben sich einige Offiziere erwiesen. Am letzten Sonnabend sind in Potsdam

Offiziere nicht nur aus Potsdam, sondern aus dem ganzen Reich bei der Besprechung zugegen gewesen, die von Korbach präsidiert wurde. (Hörl! Hörl! links.) Der Reichswehrminister ist mit mir der Meinung, daß für solche Offiziere in der Reichswehr kein Platz mehr ist.

Kun hat Korbach Zuzug bekommen durch Herrn Lebus in Berlin. (Zurufe rechts.) Ich kenne mich, daß Sie (nach rechts) Herrn Lebus abschütteln. (Zuruf rechts: Den brauchen wir gar nicht abzuschütteln.) Ich nehme zur Ehre der Herren von der Deutschnationalen Partei an, daß Sie mit mir darin einverstanden sind, daß gegen diese Elemente mit aller Entschiedenheit vorzugehen werden soll. (Zuruf: Größt-Ansturm nicht zustimmend.) Sozialdemokratische Abgeordnete weisen mit Fingern auf ihn und lachen.) In dem Juchel des Herrn Lebus heißt es: „Am Frühjahre dürften die Gewehre von selber losgehen. Polen wird auf Veranlassung der Franzosen im Mai einen Einfall in Ostpreußen und Oberschlesien machen. Wenn sich Deutschland nicht mit aller Energie gegen Franzosen und Polen wehrt, dann ist es rettungslos verloren. Die Reichswehr langat aber nicht aus, es müssen Freikorps gebildet werden. Die Reichsregierung, der im Verlaufe Friedensvertrag die Hände gebunden sind, muß von uns unterstützt werden. Weiterhin wird zum Eintritt in den Verein und zur Zahlung von Beiträgen aufgefordert. Nun kann ich mir allerdings keinen ungeheueren Mann denken zur Aufstellung von Freikorps als Herrn Lebus. Es muß aber auch von dieser Stelle ausgesprochen werden, daß es sich bei diesem Herrn nicht um den Schutz deutscher Interessen handelt, sondern um den Schutz des eigenen Parteimonnates. Es handelt sich einfach um ein Geschäft.“

Von dieser Seite werden dem Reichswehrministerium keine Schwierigkeiten erwachsen. Gefährlicher bleiben

Korbach, Ludendorff und Hiltler.

(Widerspruch rechts.) Seit einigen Wochen besteht die innigste organisatorische Gemeinschaft zwischen Henning, Wulle, v. Graefe und Korbach einerseits und Hiltler und Ludendorff andererseits. (Hörl, hörl! links.) In einem Briefe an Korbach heißt es z. B., daß Herr v. Graefe sich Hiltler als Führer der Partei unterstelle. In einem anderen Brief heißt es dann: Teilen Sie bitte Korbach mit, daß die Verhandlungen mit Korbach und Graefe in unserem Sinne ausgefallen sind. (Hörl, hörl! links.) Die

Verhandlungen Ludendorffs mit der Ehrhardt-Organisation seien gescheitert. (Hörl, hörl! Zuruf links: Ludendorff ist immer noch nicht verhaftet!)

Korbach hat den am letzten Sonnabend hier versammelten Reichswehroffizieren erklärt, der preussische Minister des Innern habe die Absicht, am 31. März alle Selbstschutzorganisationen aufzulösen. Das werde sich die Deutschvölkische Freiheitspartei nicht gefallen lassen,

es werde zum Putsch kommen,

bei dem sich dann die Reichswehr nicht neutral verhalten könne. (Hörl, hörl! links.) In einem anderen Brief eines Führers der Selbstschutzbewegung an Korbach wird berichtet, daß in der Partei die „Geheimräte“ und „Spiesler“ die „aktivistischen Elemente“ zu sehr niederhalten. Der Briefschreiber erklärt, er wolle sich dem nicht mehr fügen und seine Leute auch nicht. Man werde zur Tat schreiten und er bitte den Chef um seine Zustimmung.

Das ist die politische Seite der Angelegenheit. Auf die militärische und kriminelle Seite gehe ich nicht ein. Das Material geht heute noch an den Oberreichsanwalt. Ich habe schon eben angedeutet, daß ich in Suhl, Remscheid und Greveldberg und überall, wo sich Anstöße solcher proletarischen Selbstschutzverbände zeigen, mit allen polizeilichen Nachmitteln einschreiten werde (Aho-Rufe und Unruhe links.) Aber mit der größten Entschiedenheit werde ich auch gegen rechts vorgehen. Ob das politisch im Augenblick erfreulich oder unerfreulich ist, kann für mich nicht in Betracht kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht der trägt die Schuld, daß diese Dinge ausbreiten, sondern der, welcher

unter dem Deckmantel der Selbstschutzorganisation Hochverrat

betrreibt. (Lebhaftes Zustimmung links.) Darüber hinaus habe ich bei dem Reichsminister des Innern angeregt, ob nicht die Verordnung vom Mai 1921, die sich gegen militärische Verbände wendet, auch auf Verbände ausgedehnt werden kann, die sich polizeiliche Befugnisse anmaßen, und auf jene, die zur Bildung solcher „Turnerschaften“ usw. auffordern. (Hörl, hörl! links und Rufe: Also darauf kommt es an!) Die Notwendigkeit dieser Tage wird sich überleben und ich hoffe, daß durch die Unschädlichmachung derjenigen, die diesen Hochverrat verübt haben, durch die Verhaftung anderer Führer, die dabei beteiligt sind, durch Beunruhigung der Kreise, die in dem Verbot standen, Hilfe geleistet zu haben, uns die Möglichkeit gegeben wird, die nächsten schweren Monate zu überleben.

In Preußen ist die Staatsmacht erfreulicherweise wieder so stabilisiert, daß wir uns zutrauen können, Verschwörern von rechts oder links, oder wo sie sich immer finden, mit der Staatsmacht erfolgreich entgegenzutreten. Und mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ antwortete ich auch: Nicht verzweifeln! Erst einmal dreinschlagen! Und es wird dreingeschlagen werden, ich habe es unterlassen, Ihnen heute morgen meine Maßnahmen im Einzelnen zu nennen. Aber Sie können sicher sein, daß die Polizei in Preußen stark genug ist, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht nur die Staatsregierung und die Polizeibeamten, sondern alle Vernünftigen im Lande sich zusammenfinden zur Abwehr in einer Front. (Sehr wahr! links.) Ich glaube, die Zustimmung aller Parteien dabei zu finden — die Deutschnationalen nicht ausgenommen. Denn ich kann mir nicht denken, daß bei ihnen Leute seien, die es wirklich mit dem Wiederaufbau unseres Landes gut meinen und trotzdem Gemeinschaft haben mit den Worbudeln. Und ich kann mir auch nicht denken, daß die Kommunisten es als ihre Aufgabe betrachten, in Arbeiterstädten wie Remscheid und Greveldberg den Namen „Arbeiter“ so zu schänden, daß man dort von proletarischen Organisationen schon nur noch als von „Näubern“ spricht. Wenn mir so zusammenschließen, dann werden die Schläge der nächsten Tage nicht unsonst sein und dann bleibt Preußen gefestigt und wird vielleicht noch einmal zur Ordnungszelle Deutschlands. (Lebhafter Beifall links.)

Die Debatte.

Auf Antrag des Abg. Heilmann (Soz.) wird die Besprechung der großen Anfrage beschlossen.

Abg. Schlöner (Dnat.): Auch wir wünschen, daß der Minister mit energischen Maßnahmen vorgeht gegen die Leute, die ungescheit die Ruhe des Volkes stören und die da glauben, durch politischen Mord irgend etwas bessern zu können. Wir sind die bewußten Vertreter des energischen Widerstandes gegen den auswärtigen Feind, aber wir lehnen alles ab, was die einheitliche Linie unseres Widerstandes stört und was irgendwie nach Desperatopolitik ausführt. (Zustimmung rechts.) Die Leute, von denen Herr Seewering hier gesprochen hat, muß man mit dem Ausdruck „politische Kinder“ charakterisieren. (Unruhe links.) Wie könnte irgendein Desperado von der Art Korbachs, dessen Rassen offenbar erbarmungswürdig leer sind, der Republik wirklich gefährlich werden? Wir Deutschnationalen haben keine Veranlassung, für die Deutschvölkische Freiheitspartei einzutreten. Wir stehen allerdings auf demselben völkischen Boden und die anderen haben sich von uns nur getrennt, weil wir über den Ton anderer Ansicht waren. Wenn ich nun trotzdem für diese Leute eintrete, so nur aus reinem Kameradschaftsgefühl. (Lachen links. Zuruf: Kamerad Korbach!) Mit totaler Unterdrückung kann man diese Dinge nicht totschlagen. Eigenartig ist es, daß untergeordnete Stellen des Ministeriums gegen die Reichstagsabgeordneten Wulle und v. Graefe Haftbefehle erlassen hatten, die natürlich wieder aufgehoben werden mußten. (Hörl, hörl! links.) Es besteht der dringende Verdacht, daß alle möglichen Stellen in diesem Ministerium machen, was sie wollen. Nach und nach sind so ziemlich alle rechtsstehenden Verbände verboten worden, auch wenn sie mit Selbstschutz gar nichts zu tun hatten. Es kann jetzt nur eines geben: Zusammenfassung aller Kräfte draußen im Lande, die guten Willens sind und die gemeinsam für den Sieg des deutschen Volkes arbeiten wollen. (Lebhafter Beifall rechts. Klatschen auf den Tribünen. Präsident Heinert rügt diese Kundgebung.)

Nach der Rede des Deutschnationalen verlassen die Mitglieder der Rechten bis auf zwei den Saal.

Abg. Oberlein (Komm.) erklärt, Herr Seewering habe eine Rede gegen die Rechte gehalten, aber an positiven Vorschlägen sei nichts herausgekommen. Bis jetzt habe er nur die Schupo nach Suhl und nach Remscheid geschickt. In Berlin seien die Korbachleute ganz militärisch organisiert. In Spandau erfolge die militärische Einweisung. Die Kompanien seien sogar mit Flammenwerfern ausgerüstet. Auf dem Lande würden die Geheimräte mit den Geheim-

bänden in engster Verbindung. Die bedrohten Elemente des Volkes müßten sich in Zukunft selbst schützen. (Zustimmung bei den Kommunisten und Ruf rechts: Schöne Aussichten!)

Abg. Heilmann (Soz.), der als nächster Redner das Wort erbittet, wird von den Kommunisten mit großem Lärm empfangen. Heilmann erklärt: „Ich habe Zeit, ich kann warten, bis die Herren Kommunisten sich beruhigt haben.“ Allmählich tritt Ruhe ein und Abg. Heilmann kann mit seiner Rede beginnen:

Wenn meine Partei diese Interpellation eingebracht und darauf gedrängt hat, daß sie noch vor Ostern erledigt wird, dann nur in dem Wunsche, um den Kämpfern an der Ruhr den Rücken zu stärken. Die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet muß wissen, daß, während sie die Front hält, die Freiheit nicht angefaßt werden darf.

Wenn Herr Schlöner von den Deutschnationalen sich auf die Erklärung beschränkt hätte, daß der Minister mit aller Energie gegen die Selbstschutzorganisationen vorgehe, dann bestünde keine Meinungsverschiedenheit. Auf diese Formel hätten sich alle Vernünftigen hier im Hause vereinigen können. Aber Herr Schlöner hat sich mit einer solchen Erklärung nicht begnügt. Er hat es für nötig gehalten, für Herrn Wulle und dessen Anhänger einzutreten. Herr Schlöner hat behauptet, daß gegen Wulle ein Haftbefehl erlassen, später aber wieder zurückgenommen worden sei. Das stimmt nicht. Es ist festgestellt, daß kein Haftbefehl ergangen ist, weder vom Berliner Polizeipräsidenten, noch im Ministerium des Innern. Es ist aber auch ferner festgestellt, daß gestern bei der Hausungung in dem Bureau der Freiheitspartei die Führer dieser Partei nicht vorgeführt wurden. Die Führer hielten sich im Reichstag auf und als die Polizei sie hat, doch zum Bureau zu kommen, damit man die Schränke nicht aufbrechen müsse, erklärte Herr Wulle, er könne nicht kommen, weil er keine Garantie gegen eine Verhaftung habe. Und als nun der Polizeikommissar Herrn Wulle erklärte, daß kein Haftbefehl vorliege, fand Herr Wulle sich trotzdem nicht ein, sondern er schickte die Schlüssel durch seine Frau. Diesem Bild völkischer Helden brauchen wir weiter nichts mehr hinzuzufügen.

Herr Schlöner hat mit seinen Ausführungen deutlich gezeigt, daß noch immer die härteste

Kameradschaft zwischen den Deutschnationalen und Deutschvölkischen besteht. Dieses Kameradschaftsgefühl — wir haben es immer betont — ist eine große Gefahr für die Öffentlichkeit. In der Deutschnationalen Partei besteht ja schließlich sogar eine besondere Organisation vor Spitze der Kameradschaft zwischen den Deutschnationalen und Deutschvölkischen. Diese Organisation hat ausdrücklich die Aufgabe, durch verführerisches Entgegenkommen die Gegensätze zwischen den Deutschvölkischen und den Deutschnationalen auszugleichen und eine Einheitsfront herzustellen.

So ist es und bleibt es eine Tatsache: Die Deutschvölkischen stehen mit den Deutschnationalen noch immer in einer Front und deshalb kann keine Rede davon sein, daß von unserer Seite irgend welche Dinge aufgeschoben werden. Herr Schlöner sprach davon, das Material des Ministers enthalte weiter nichts als politische Kinderereien. Wir sind anderer Auffassung. Wir sagen: Es waren politische Kinder, die Erzberger und Rathenau ermorde haben. Es waren politische Kinder, die den Rapp-Putsch verbrochen haben.

Man kann von uns nicht verlangen, daß wir die politischen Kinderereien der Nationalisten als harmlos betrachten. Wir können nicht warten, bis diese politischen Kinderereien eine Antroskopie herausbeschwören. Deshalb verlangen wir rücksichtslose Bekämpfung der Selbstschutzorganisationen. Deshalb haben wir alle Verteidiger der Korbach-Leute und der Wulle-Leute für Staatsfeinde. Nur rücksichtslose Unterdrückung der gefährlichen Zweierlein kann helfen.

Herr Kay von den Kommunisten erklärte, als Herr Schlöner betonte, daß man mit polizeilichen Mitteln die politische Bewegung nicht unterdrücken könnte: „Der Mann hat nicht unrecht.“ (Kommunist Kay protestiert anfänglich, gibt aber schließlich seinen Zwischenruf zu. — Heiterkeit.) Freilich bis zum heutigen Tage haben sich immer wieder die aufgelösten Verbände unter neuem Namen organisiert. Es wurde sogar vor Gericht einmündig festgestellt und von Mitgliedern aufgelöster Organisationen zugegeben, daß jedesmal nach einem Verbot die alte Organisation ein neues Aussehen annahm und sich beilegte und ihr altes Treiben fortsetzte. Eben deswegen verlangen wir rücksichtsloses Durchgreifen. Wenn bis zur Stunde die Polizei in ihrem Kampfe nicht den gemünzten Erfolg hatte, dann haben dazu vielerlei Umstände beigetragen. Ich will nur drei Hauptgründe hervorheben. Zunächst haben wir noch keine einheitliche Veranlassung. In der Verwaltung stehen noch immer zu viel Elemente, die mit ihrem Herzen bei den „politischen Kindern“ sind. Der zweite Grund liegt in der nationalen Bergewaltigung des deutschen Volkes. Der Einmarsch ins Ruhrgebiet müßte idealistisch veranlagte junge Leute bei den Rechtsparteien in Verwirrung bringen. Die Franzosen, die ernsthaft für die Sicherheit ihres Landes besorgt sind und denen die Sicherheit nicht lediglich als Vorwand für Annerkennung dient, mögen sich gefaßt sein lassen, daß gerade der brutale französische Imperialismus in Deutschland Gefahren für die Sicherheit Frankreichs herbeirufen muß. Und der dritte Grund für den Mißerfolg im Kampf gegen die Selbstschutzorganisationen? Antwort: Das Treiben der Herren Oberlein und seiner kommunistischen Freunde.

Meine Partei ist sich darin einig, daß die Gefahr von rechts heute größer ist als die von links. Rechts gibt es Handgranaten, die Verschwörer von links dagegen haben nur ein großes Maul. Die Verschwörer von rechts arbeiten in der Stille, die Kommunisten dagegen schwächen und prahlen, um stark zu scheinen. Ihr ewiges Gerede von Offensivtaktik und dergleichen muß auf die Dauer das ängstliche Bürgertum den politischen Hochstaplern auf der rechten Seite zufügen. Der kommunistische Redner brachte vorhin verschiedene Beispiele für die Tätigkeit der Selbstschutzverbände in der Reumark. Wir mußten, warum wir so lange den Kampf um den Bandratsposten in der Reumark führten. Den Angaben der Kommunisten muß die Regierung nachgeben, wenn auch kommunistische Angaben an sich noch keine Beweiskraft haben. Was von kommunistischen Angaben im allgemeinen zu halten ist, zeigen ja die Berichte der „Kotenfabrik“ über die Sitzung unserer Fraktion im Preussischen Landtag. Die Herren Kommunisten fallen jedesmal auf Spießberichte herein. Bei unserer Fraktion vergehen keine

SUNLIGHT

SEIFE

Achten Sie auf Packung und Prägung

SUNLIGHT SCUMMARTER SEIFE

GAUFER SEIFE

3000 Stück

SEIFE

vier Wochen, ohne daß wir uns mit der Frage der Selbstschußorganisationen beschäftigen. (Zuruf bei den Kommunisten: Beschäftigt Euch nur so weiter!) Nun, seit dem Kapp-Putsch haben wir kein direktes Hochverratsverbrechen im großen mehr gehabt. Freilich, die Gefahr von links hat viel mehr abgenommen als die von rechts. Die kommunistische Partei ist so klein geworden, daß eine ernstliche Störung von dort her nicht zu befürchten ist. Sie betreibt nur noch den Krach im kleinen. Da sie den Staat nicht mehr stützen kann, bemähen sich ihre Mitglieder mit Stuhlweiden, um sozialdemokratische Redner zu verprügeln. (Lärm bei den Kommunisten.)

Wir unterschätzen die Reaktion nicht, aber wir haben zur Regierung das Vertrauen, daß sie mit allen Mitteln in der Gefahr beugen wird.

Gewiß gibt es auch Situationen, wo schließlich auch meine Partei der Auffassung eines Selbstschußes zustimmen muß. Diese Situationen finden sich jetzt dort, wo die Staatsgewalt so schwach geworden ist, daß die Arbeiter sich schützensicher fühlen. Das ist jetzt der Fall in Bayern. Dort waren die Arbeiter gezwungen, sich einen Selbstschuß zu organisieren, und nach weiteren Informationen sind die proletarischen Organisationen heute in München so stark, daß sie Hitler zu begegnen wüßten.

Die Auffassung dieses Arbeiter-Selbstschußes in München war natürlich nur möglich, weil keine Kommunisten dabei beteiligt waren. Proletarischer Selbstschuß ist nur möglich ohne die Kommunisten. Aber wir verkennen nicht, daß dieses Vertrauen von rechts und von links auf die Dauer zum Bürgerkrieg führen muß. Wir wollen nicht, daß die Zustände, wie sie in Bayern herrschen, in Preußen zur Regel werden. Der bayerische Minister des Innern hat diese Zustände nur kurzem dahin charakterisiert, daß alle Parteien in Bayern sich einen Saal und Selbstschuß bellegen müssen. Welche Zustände! Wir wollen die bayerische Schwere von Preußen fernhalten.

Erlaubt man der Staat total verfallt, kann zum proletarischen Selbstschuß gezwungen werden, nur dann! (Zuruf rechts: Wohl!) Nach Erfassung der Deutschnationalen ist natürlich die preussische Staatsgewalt bereits so schwach, daß die Bildung von Selbstschußorganisationen unvermeidlich ist. Wir hoffen, daß der preussische Staat den Deutschnationalen in der nächsten Zeit zeigt, daß er Kraft genug besitzt, um aller Hochverratsverbrechen Herr zu werden. Wir verlangen, daß die Regierung mit ihren Mitteln die Sicherheit im Staat garantiert. Wir verlangen das aus außenpolitischen Gründen, weil die Welt Vertrauen zu Deutschland haben muß. Wir verlangen das, um die Front an der Ruhr zu stärken und wir verlangen es aus innerpolitischen Gründen im Interesse der Ordnung und Sicherheit. Die Regierung wird die volle Unterstützung meiner Partei haben, wenn sie mit allen Mitteln schärfstens durchgreift. Es muß mit diesen Selbstschußorganisationen ein Ende gemacht werden; denn sie sind der richtige Sumpfboden für Spiege aller Art. Wer kann unterscheiden, welcher von den Deuten, die „zu den Waffen!“ rufen, es ehrlich meint und welcher für Geld gedungen ist. Es ist festgestellt, daß in Bayern z. B. in den nationalsozialistischen Formationen, wie z. B. im Bund „Blüher“

französisches Geld

eine große Rolle spielte. Es ist sicher, daß alle, die Deutschnationalen umgibt, wollen, die Selbstschußorganisationen unterstützen. Der Brand rollt, und man sollte eigentlich meinen, daß die Deutschnationalen, die ernsthaft national denken können, weit von den Selbstschußkämpfen abtrüben würden.

Wir erwarten, daß der Minister sein Programm mit Festigkeit und Unerbittlichkeit durchzuführen wird. Man hat in diesen Tagen schon oft aus Schillers „Tell“ zitiert. Man darf gerade bei der Frage der Selbstschußorganisationen an das bekannte Wort erinnern, daß Raub begeht am allgemeinen Gut, wer selbst sich hilft in seiner eigenen Sache. Nicht Unordnung durch Selbsthilfe, sondern Ordnung und Sicherheit durch die Mittel des Staats. (Beifall bei den Sozialisten. Pläusen bei den Kommunisten.)

Minister Seoding:

Ich bitte Herrn Schönlage, mir zu sagen, wie man fest durchgreift, ohne gleichzeitig Gewalt anzuwenden, denn das wollte er ja.

Die Trüfung des Materials hat übrigens schon heute dazu geführt, daß die Deutschnationale Freiheitspartei in Preußen verboten worden ist. (Hört! Hört!) Herr Schönlage meint, der Brandenburgische Heimatschutz habe nur einen „Sprachfehler“ begangen. Ach nein, es handelt sich um ein fein ausgeklügeltes Programm für den Biederkeit der Landwirte. Halbtatsche gegen Reichstagsabgeordnete sind von niemand in meinem Ministerium ausgestellt und auch von der Reichsregierung nicht aufgehoben worden. (Hört! Hört! links.) Die

Kreuzung zwischen Eberlein und Schönlage

muß etwas ganz Wertwürdiges werden. (Heiterkeit.) Der eine sagt, im Ministerium des Innern mache jeder, was er will, der andere sagt, dort sollen die Vertrauensleute der Organe. Der eine sagt, der Nationalverband deutscher Soldaten sei zwar aufgelöst, existiere aber weiter, der andere sagt, er sei nicht nur aufgelöst, sondern sogar sein Vermögen sei beschlagnahmt. Dieser Nationalverband ist erledigt, glauben Sie mir! (Rufe der Komm.: Rein!) Ich kann nicht verhindern, daß seine Mitglieder sich einer anderen bestehenden oder neu zu gründenden Organisation anschließen. Aber auch diese werden überwacht. Und stellt es sich heraus, daß ihre Tätigkeit dieselbe ist, wie die des Nationalverbandes, so werden auch die neuen Verbände aufgelöst. Und einmal kommen wir doch zu der Atmosphäre, die es den rechts- und linksgerichteten Kreisen in Preußen als untunlich erscheinen läßt, noch weitere solche Organisationen zu unterhalten. Wenn ich den Stahlhelm, den Bundesdeutschen Orden und den Nationalverband deutscher Soldaten vergleiche, muß ich doch sagen, daß die polizeilichen Zugriffe in den Jahren 1921 und 1922 gewirkt haben. Und wenn durch die Gründung der Deutschnationalen Freiheitspartei und ihre enge Verbindung mit der Vaterlandspartei in München wieder dieselbe Situation geschaffen wird, wie im Juli 1921, dann können Sie überzeugt sein, daß

das Dreinschlagen, das ich angekündigt habe,

die Gesundung herbeiführen wird. Es ist nicht richtig, daß im Ministerium des Innern noch die alten Kreisräte der Einwohnerwehren irgendwelche Tätigkeit ausüben. (Widerspruch der Komm.) Sie sind damals ebenfalls entlassen worden. Ich habe auch ihre Beschlüsse geipert, bis leider die Gerichte sie ihnen gegen mein Erwarten noch für einige Zeit zusprachen. Mit General von Seekt habe ich seit einem Jahre nicht gesprochen.

Die Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium

hatten den Zweck, Arbeit zu schaffen über die Beteiligung von Reichswehrsoldaten an rechtsgerichteten Organisationen und darüber, ob Übungspolizeien und andere militärische Gebilde solchen Verbänden zur Verfügung stehen.

Mein Eingreifen hat auch Erfolg gehabt. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stehen in Deutschland 100 000 Mann Reichswehr und im besten Falle 150 000 Mann Polizei zur Verfügung. Die Befürchtungen der Exzente und die Hoffnungen einiger rechtsgerichteter Kreise, daß wir mit den Waffenbeständen außerhalb der Reichswehr und Polizei im Westen aktiven Widerstand leisten können, sind völlig grundlos. Über soviel Pistolen und Sonderlizenzen lassen sich doch austreiben, daß den 250 000 Mann eine fast gleichstarke bewaffnete Organisation aus dem einen oder anderen Lager gegenübergestellt werden könnte. Daraus kann man sich ein Bild machen,

welche Gefahr für den Staat

entsteht, wenn den Ideen der Selbstschußorganisationen auch nur die geringsten Konzessionen gemacht werden. Wenn polnische Banden in deutsche Dörfer einfallen, würde ich der letzte sein, der es den Bewohnern verdrückt, daß sie jedes Mittel zur Abwehr ergreifen. Aber die Organisationen, die heute zur Debatte stehen, wollen etwas ganz anderes, als polnische Banden über die Grenze jureitreiben. Sie bereiten den Hochverrat vor. Und da kann es unter keinen Umständen nachhelfen. — Der Minister verliert nunmehr einen Erfolg über Versammlungsfreiheit, den wir an anderer Stelle militärisch. Der Minister schließt: Alle Hinweise auf eine Gefährdung der Versammlungsfreiheit erscheinen also deplaziert. Wenn es Ihnen ernst ist mit der politischen Freiheit im allgemeinen und mit der Versammlungsfreiheit im besonderen, so bläsen Sie Ihre Stoff-

trüps und Ihren Versammlungsfreiheit ab! (Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Baumhoff (Z.): Wir erwarten, daß das Verbot der Selbstschußorganisationen respektiert wird. Die Erfahrungen des Falles Nothmann zeigen, wie gefährlich diese Organisationen sind. In der Propaganda des aktiven Widerstandes sehen wir geradezu ein Verbrechen. Goincaré warier ist nur darauf und unsere außenpolitische Situation wäre danach einfach verzweifelt. Der heldenhafte Widerstand an Ruhr und Rhein wird ein passiver bleiben. Nicht alle Demerbrühen und Jagdflinten braucht das Ruhrgebiet, sondern Lebensmittel und Geld.

Abg. Dr. v. Campe (DBP): Wir sind mit dem Minister in der Hauptfrage einverstanden. Heute sollten wir uns alle auf den Boden des bestehenden Staates stellen und Erörterungen über die beste Staatsform unterlassen. In Oberschlesien hat der Selbstschuß Gutes gezeitigt. Was hätten die Polen sonst mit dem Lande gemacht! Die kommunistische Gefahr ist nicht mit einer Handbewegung abgetan. Es genügt nicht, wenn der Minister die Kommunisten als „politische Kinder“ bezeichnet. Ich bedauere, daß Herr Schönlage nicht deutlicher von den Deutschnationalen erwidert.

Abg. Kufzke (Dem.) betont, daß der Druck von außen diesen Deutschen den Kopf verwirrt hat. Heute stehe fest, daß eine

Einheitsfront Ludendorff—Hitler—Wulle existiert.

Die Vorbereitungen seien viel umfangreicher gewesen als vor dem Kapp-Putsch. Unter der Maske des Oberschlesischen Grenzschutzes seien recht schlimme Dinge verübt worden. Wohl hätten die Oberschlesier vor den Polen auf der Hut sein müssen, aber das habe nichts mit deutschnationalen Bestrebungen zu tun. Bedenklich sei die Ansicht des Abg. Heimann, daß Selbstschußorganisationen dann gegründet werden dürften, wenn die Regierung versage. In einem solchen Falle müsse das Parlament der Regierung den Rücken stärken. Leider hätten die Sozialdemokraten den Kommunisten in Sachen in der Frage der Selbstschußorganisationen Zugeständnisse gemacht.

Abg. Dr. v. d. Osten (Dnall.): Die Äußerungen Schönlages haben zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Wir weichen von jeder Desperadopolitik grundsätzlich ab.

Von den Kampfmethoden der Deutschnationalen Freiheitspartei kennt uns ein Abgrund.

Das wird von dieser Partei auch selbst bestätigt. Hier nach ist der von Schönlage getauchte Ausdruck „amerabohische Gefühle“ aufzufassen. Wir können die kommunistische Agitation nicht als bloße Kinderrei abtun. Die heutige, von uns nicht veranlaßte Verhandlung wird den Kampf an der Ruhr jedenfalls nicht stärken. Die Rede des Ministers hat gerade in dieser Hinsicht alles vermischen lassen, was wünschenswert gewesen wäre. Auch Auseinandersetzungen mit dem Reichskanzler wären heute besser unterblieben.

Damit ist die Besprechung erledigt. Das Apothekenkommissionen und das Zahnärztlichenkommissionen werden angenommen. Für die Aufhebung des Anleihefonds werden 3 Milliarden Mark nachbewilligt. Die Vorlagen zur Anpassung der Gerichtskosten, der Gebühren für Notare, Rechtsanwältinnen an die Geldentwertung usw. werden angenommen. Ein von den bürgerlichen Parteien beantragter Beschlusseinstellung zur vorläufigen Regelung der Veranlagung für 1923, daß Betriebe mit einem Ertrag von weniger als 150 000 M. und einem Anlagekapital von weniger als 3 Millionen Mark für 1923 gewerbesteuerfrei sein und nur 100 M. Betriebssteuer zahlen sollen, wird verabschiedet.

Sonnabend 10 Uhr: Haushalt für Volkswohlfahrt. — Schluß 6 Uhr.

Wetter bis Sonntag mittag. Nordwestwind heiter und trocken, in den Tagesstunden waren bei schwachen südlichen Winden.

Erstklassige Herrenbekleidung

Anzüge, Paletots, Schlüfer, prima Stoffe
fertig und nach Maß zu billigen Preisen
MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Theater, Lichtspiele usw.

Metropol-Theater

Heutige Premierer!
Die Schönste der Frauen
Ausverkauft!

Zum Baden

und Kochen, für warme und kalte Speisen gleich gut geeignet ist Süßstoff.
Die kluge Hausfrau hat seinen Wert längst erkannt und streift den teuren Zucker damit.
1 H-Padung hat die Süßkraft von reichlich 1 Pfund Zucker
Erschäftlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen u. Apotheken.

Opernhaus

Madame Butterfly
Schauspielhaus
Käthchen von Heilbrunn
Theater i. d. Königgrätz-Str.
Kombüseusik
Berliner Th.

Volkshöhne

7 1/2 U. zum 1. Male
Web dem, der lügt
Lossing - Th.
Bürger Schippel
Deut. Künstler - Th.
Theater des Ostens
Komische Oper

Deutsch Opernhaus

Der Troubadour
Große Volksoper
Die Zarenbraut
Raub d. Sabrierin
Intimes Theater
Das Prinzen
Metropol-Theater
Käthchen von Heilbrunn
Die Zarenbraut
Raub d. Sabrierin

Circus Busch

1806
55 Bilder-Deutschlands
Landesliebster
Vorher das neue
Circus-Programm

Gewerkschaftshaus

Engelstraße 25
Die billige u. gute Küche
Heute Spezialität:
Löffelbraten mit Spitzbein
Portion 550 M.
Spitzbein mit Sauerkohl
Portion 1650 M.
Musik-Quartett Gesang
Ernst und heitere Vorzüge

Admirals-Varieté

7³⁰ März-Programm
wie immer - erstklassig
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorstellungsbüro Berlin 454, Linienstraße 33/35.
Sonnabend, den 23. März, vorverkauft
9 1/2 Uhr, im Deutschen Haus, Unter
den Eichenstraße 33/35.

Opernhaus

Madame Butterfly
Schauspielhaus
Käthchen von Heilbrunn
Theater i. d. Königgrätz-Str.
Kombüseusik
Berliner Th.

Volkshöhne

7 1/2 U. zum 1. Male
Web dem, der lügt
Lossing - Th.
Bürger Schippel
Deut. Künstler - Th.
Theater des Ostens
Komische Oper

Deutsch Opernhaus

Der Troubadour
Große Volksoper
Die Zarenbraut
Raub d. Sabrierin
Intimes Theater
Das Prinzen
Metropol-Theater
Käthchen von Heilbrunn
Die Zarenbraut
Raub d. Sabrierin

Circus Busch

1806
55 Bilder-Deutschlands
Landesliebster
Vorher das neue
Circus-Programm

Gewerkschaftshaus

Engelstraße 25
Die billige u. gute Küche
Heute Spezialität:
Löffelbraten mit Spitzbein
Portion 550 M.
Spitzbein mit Sauerkohl
Portion 1650 M.
Musik-Quartett Gesang
Ernst und heitere Vorzüge

Admirals-Varieté

7³⁰ März-Programm
wie immer - erstklassig
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorstellungsbüro Berlin 454, Linienstraße 33/35.
Sonnabend, den 23. März, vorverkauft
9 1/2 Uhr, im Deutschen Haus, Unter
den Eichenstraße 33/35.

Opernhaus

Madame Butterfly
Schauspielhaus
Käthchen von Heilbrunn
Theater i. d. Königgrätz-Str.
Kombüseusik
Berliner Th.

Volkshöhne

7 1/2 U. zum 1. Male
Web dem, der lügt
Lossing - Th.
Bürger Schippel
Deut. Künstler - Th.
Theater des Ostens
Komische Oper

Deutsch Opernhaus

Der Troubadour
Große Volksoper
Die Zarenbraut
Raub d. Sabrierin
Intimes Theater
Das Prinzen
Metropol-Theater
Käthchen von Heilbrunn
Die Zarenbraut
Raub d. Sabrierin

Circus Busch

1806
55 Bilder-Deutschlands
Landesliebster
Vorher das neue
Circus-Programm

Gewerkschaftshaus

Engelstraße 25
Die billige u. gute Küche
Heute Spezialität:
Löffelbraten mit Spitzbein
Portion 550 M.
Spitzbein mit Sauerkohl
Portion 1650 M.
Musik-Quartett Gesang
Ernst und heitere Vorzüge

Admirals-Varieté

7³⁰ März-Programm
wie immer - erstklassig
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorstellungsbüro Berlin 454, Linienstraße 33/35.
Sonnabend, den 23. März, vorverkauft
9 1/2 Uhr, im Deutschen Haus, Unter
den Eichenstraße 33/35.

Werkzeuge u. Maschinen

Rugelagler feinst höchstschliffen
Rugelagler feinst höchstschliffen
Rugelagler feinst höchstschliffen
Rugelagler feinst höchstschliffen

Verschiedenes

Spezial für Wohnanstrich
Spezial für Wohnanstrich
Spezial für Wohnanstrich
Spezial für Wohnanstrich

Arbeitsmarkt

Stellenangebote
2-3 Lehrlinge
2 Kupfer Schmiede
2 Kupfer Schmiede

Verkäufe

Verkauf
Verkauf
Verkauf
Verkauf

BEISER

Lothringer Straße 67
Herren-Damen-Kleider, Mäntel, Sportjacken, Kostüme, Röcke
in gr. Auswahl